Gesammelte Kommentare 2025

Dr. H. Wolff 1

Hinweise: Zum Suchen eines bestimmten Themas steht das Stichwortverzeichnis am Ende des Dokuments zu Verfügung. Nachträgliche Ergänzungen sind als Nachträge direkt im Anschluss an die betreffenden Kommentare eingefügt und die neuesten sind mit einer Randmarkierung versehen.



Das Inhaltsverzeichnis kann im PDF-Sidebar angezeigt werden.

Kommentar vom 06.01.2025:

Personalabbau und Fachkräftemangel

Der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Industrie, geht es nicht gut. Viele Unternehmen bauen Personal in Deutschland ab, z.B. in der Automobil- und Zulieferindustrie im großen Stil mit Werksschließungen und Massenentlassungen. Gleichzeitig herrscht in Deutschland Fachkräftemangel. Industriearbeiter sollten deshalb nach einer Umschulung relativ leicht einen neuen Arbeitsplatz finden. Hierdurch sollte der Fachkräftemangel in Industrie und Handwerk deutlich abnehmen.

Anders sieht es im Dienstleistungssektor aus. Wahrscheinlich eignen sich nicht viele Fließbandarbeiter aus der Automobilindustrie als Kindergärtner oder Altenpfleger. Hierfür sollte der Staat Personal in den Bereichen Bürokratie und Regulierung sowie speziell Gender, Diversität und Gleichstellung abbauen und NGOs in den letztgenannten Bereichen nicht mehr unterstützen. So können zum einen die öffentlichen Haushalte entlastet und zum anderen Personal freigesetzt werden, das nach entsprechender Qualifizierung im Dienstleistungssektor eingesetzt werden kann. Viele Unternehmen machen dies bereits vor und lösen ihre DEI-Teams (Diversity, Equity, Inclusion = Diversität, Gleichstellung, Inklusion) auf.²

Darüber hinaus müssen die Sozialleistungen einerseits und die Einkommensteuern andererseits so reduziert werden, dass sich Arbeit wieder lohnt (Stichwort: Lohnabstandsgebot).

¹ Zuerst veröffentlicht auf meiner Homepage https://hwolff.de/ als wöchentliche Kommentare.

² Siehe auch den Artikel ,Die Kultur der Wokeness neigt sich dem Ende zu – jetzt zeigt sich der Schaden' aus der NZZ vom 11.12.2024.

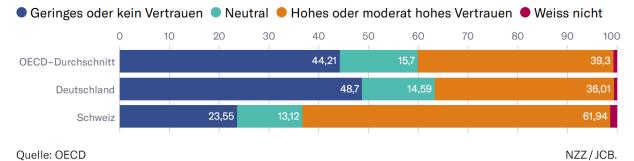
Setzt man diese Maßnahmen um, sollte der Arbeits- und Fachkräftemangel in allen Bereichen deutlich abgemildert werden können. Damit würde auch der Bedarf für Arbeits- und Fachkräfte aus kulturfremden Ländern außerhalb Europas drastisch sinken. Das Narrativ der links-grün-woken Ideologen, dass Deutschland ohne eine große Zahl solcher kulturfremder Arbeitskräfte nicht auskommen würde, lässt sich deshalb nicht länger halten.³

Kommentar vom 13.01.2025:

Fachkräftemangel in der Politik

Wenn man sich ansieht, welche Politiker am 23. Februar zur Wahl stehen, kann man verzweifeln. Auf der einen Seite sind da die gescheiterten Ampel-Politiker mit den Kanzlerkandidaten Scholz und Habeck sowie einer Phalanx von gescheiterten Ministern, Pistorius vielleicht ausgenommen. Scholz war schon als Bürgermeister in Hamburg überfordert (Stichwort: Cum-Ex), ist als Bundeskanzler aber völlig ungeeignet. Seine Führungsschwäche und Zögerlichkeit sind legendär, noch mehr aber seine lächerliche Selbstüberschätzung. Habeck fehlte das notwendige Fachwissen als Wirtschaftsminister (Stichwort: Insolvenz), und mit seiner Kanzlerkandidatur macht auch er sich lächerlich. Die Ampel-Parteien inkl. FDP haben das Vertrauen der Bevölkerung verloren, wie die folgende Grafik zeigt:⁴

Die Deutschen misstrauen ihrer Regierung



Auf der anderen Seite steht die CDU mit Friedrich Merz, der seinen konservativen Kurs nicht einmal gegen die "Merkelianer" in seiner eigenen Partei durchsetzen konnte, und der in Zukunft wohl mit SPD und/oder Grünen regieren muss, die in ihrer ideologischen Borniertheit weiter machen wollen wie bisher. Eine echte Kehrtwende in der Politik, weg vom rot-grünen Dirigismus, ist so nicht zu erwarten.⁵

Seite 2

³ Man muss dabei auch berücksichtigen, dass kulturfremde Einwanderer, insbesondere aus islamischen Ländern, ein nicht zu vernachlässigendes Sicherheitsrisiko darstellen, siehe den Kommentar "Terrorattacken von Muslimen: Sie wollen die Freiheit zerstören, von der sie überfordert sind" aus der NZZ vom 24.12.2024.

⁴ Aus dem Kommentar ,Olaf Scholz hat Fortschritt versprochen und Stillstand geliefert' aus der NZZ vom 16.12.2024.

⁵ Siehe auch den Kommentar 'Bürgergeld abschaffen und endlich illegale Migration stoppen? Mit SPD und Grünen bleiben die Ziele der Union pure Illusion' aus der NZZ vom 17.12.2024.

Verbleiben noch die AfD mit der Kanzlerkandidatin Alice Weidel und das BSW mit Sahra Wagenknecht. Letztere ist hochintelligent und eine hervorragende Rednerin, man könnte auch sagen Demagogin. Beide vertreten einerseits viele vernünftige Standpunkte, andererseits aber auch einige inakzeptable, zum Teil rechts- bzw. linksradikale, und sind darüber hinaus Putin-hörig. – Armes Deutschland. Wie gesagt, man kann verzweifeln.

Nachtrag vom 14.01.2025:

Elon Musk als Berater der neuen US-Regierung ist nicht gerade diplomatisch, wenn er über deutsche Politiker spricht, aber in der Sache hat er Recht:

Bundeskanzler Scholz ist ein Narr. Er ist ein lächerliches kleines Männlein, das sich für einen Riesen hält. Bundespräsident Steinmeier ist kein Demokrat, denn er grenzt 20% der Wahlberechtigten aus, die AfD wählen wollen, im Osten über 30%. Das ist für einen Bundespräsidenten, der das ganze Volk vertreten soll, ein Unding. Und die AfD ist die einzige größere Partei, die, anders als der Einheitsbrei der etablierten Parteien,⁶ für eine echte Politikwende steht.⁷

Kommentar vom 20.01.2025:

Höchste Zeit, die "Brandmauer" zu schleifen

Friedrich Merz und die CDU halten an der "Brandmauer" fest und schließen jegliche Zusammenarbeit mit der AfD aus. Damit liefert Merz sich und die CDU den möglichen zukünftigen Koalitionspartnern SPD und Grüne aus. Mit diesen ist der von Merz angestrebte "Politikwechsel" aber nicht zu machen.⁵ Es droht eine Fortsetzung der Ampel-Politik, bei der lediglich die FDP durch die CDU ersetzt wird. Die CDU hätte zwar ein größeres Gewicht als die FDP, aber an der Unvereinbarkeit der Positionen und dem daraus resultierenden Dauerstreit würde das nichts ändern. Deutschland wäre für weitere Jahre gelähmt – in der jetzigen Lage eine Katastrophe.

Jetzt ist die letzte Chance, von der "Brandmauer" Abstand zu nehmen,⁸ zumindest insoweit, dass die Duldung einer Minderheitsregierung der CDU/CSU ggf. mit der FDP, sofern diese die 5%-Hürde schafft, durch die AfD als Option in Erwägung gezogen wird, ebenso die Mehrheitsbeschaffung durch die AfD bei Vorhaben, bei denen man inhaltlich übereinstimmt. Das würde die Erpressbarkeit der CDU durch SPD und Grüne reduzieren. Außerdem hätte dann bei einem Scheitern die AfD den "schwarzen Peter".

Das muss aber rechtzeitig vor der Wahl erfolgen, da die CDU sich sonst unglaubwürdig macht. Wahrscheinlich ist das auch die letzte Chance für die CDU, denn würde sie sich einem

⁶ Siehe dazu den Kommentar ,Die deutsche Politik steckt in der Vertrauenskrise. Schuld daran ist der schwarz-rot-grüne Einheitsbrei' aus der NZZ vom 21.06.2024.

⁷ Siehe auch den Kommentar 'Die Aufregung über Elon Musk ist verlogen: Deutsche Politiker mischen sich ständig in fremde Wahlen ein' aus der NZZ vom 03.01.2025.

⁸ Siehe auch meinen Kommentar ,Die "Brandmauer" hat endgültig versagt' vom 10.06.2024.

Koalitionspartner beugen, der die Ampel-Politik fortsetzen will, würde sie jegliches Vertrauen der Wähler verlieren. Nach der nächsten Wahl würde dann nicht mehr die AfD der Junior-Partner der CDU werden können, sondern umgekehrt die CDU der Junior-Partner der AfD. Wie schnell das gehen kann, hat sich in Österreich gezeigt.⁹

Nachtrag vom 25.01.2025:

Friedrich Merz hat nach den Morden von Aschaffenburg, die von einem ausreisepflichtigen Afghanen begangen wurden, angekündigt, verschärfte Gesetze gegen die illegale Migration zur Not auch mit den Stimmen der AfD durchzubringen. Das ist zumindest ein Schritt, den größten Schwachsinn der "Brandmauer" zu beenden. Das hat bei SPD, Grünen und den linksgrünen Medien zu einem großen Aufschrei der Entrüstung geführt. – Gut so, zeigt das doch, wo deren Prioritäten liegen, nicht beim Schutz der deutschen Bürger.

Nachtrag vom 29.01.2025:

Die CDU/CSU hat in den Antrag zu Merz' 5-Punkte-Programm eine Passage eingefügt, mit der sie die AfD brüskiert. Die AfD hat dem Antrag im Bundestag trotzdem zugestimmt und so dafür gesorgt, dass der Antrag angenommen wurde, während SPD und Grüne dagegen gestimmt haben. Ist die **AfD** jetzt die einzige **Partei der politischen Vernunft**, während alle anderen Spielchen spielen?!

Nachtrag vom 21.02.2025:

Eine Analyse der NZZ zeigt, dass die CDU inhaltlich von allen Parteien, die eine Chance haben, in den Bundestag zu kommen, die meisten programmatischen Übereinstimmungen mit der AfD hat, sogar etwas mehr als mit der FDP. Mögliche Koalitionspartner definieren bereits rote Linien, z.B. die Grünen das Festhalten am Verbrennerverbot. Warum kann die CDU mit der AfD nicht genauso verfahren und sich eine mögliche Zusammenarbeit offenhalten, wenn die AfD rote Linien akzeptiert, z.B. das Festhalten an der Westbindung mit EU und NATO?!

Kommentar vom 27.01.2025:

Parallelgesellschaften müssen unter Kontrolle gebracht werden

Viele Migranten, insbesondere aus arabischen und nordafrikanischen Ländern, empfinden den deutschen Rechtsstaat als extrem schwach und lehnen ihn deshalb ab. Sie haben ihre eigenen Gesetze und ihre eigene Rechtsprechung, die von islamischen Friedensrichtern ausgeübt wird. Diese sind hoch angesehen, während die Vertreter des deutschen Rechtsstaats verachtet werden. So haben sich Parallelgesellschaften gebildet, über die der deutsche Staat die Kontrolle verloren hat.

⁹ Siehe auch den Kommentar ,Die Krise in Österreich zeigt: Die «Brandmauer» gegen die AfD könnte Deutschland teuer zu stehen kommen' aus der NZZ vom 06.01.2025.

Die Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte, nicht nur in der Silvesternacht, markieren die Gebiete, in denen diese und andere Gruppen, z.B. sog. "Autonome", ihre Parallelgesellschaften über den deutschen Rechtsstaat stellen und dessen Vertretern ihren Herrschaftsanspruch mit Gewalt demonstrieren wollen, was ihnen auch hervorragend gelingt. Der deutsche Staat erscheint demgegenüber machtlos, was die Parallelgesellschaften in sich bestärkt.

Der deutsche Staat muss hier radikal umsteuern und darf sich nicht länger auf der Nase herumtanzen lassen. Hier hilft nur *Zero Tolerance*. Erste Voraussetzung dafür ist eine massive Aufstockung der Polizeipräsenz in den einschlägigen Bezirken, so dass alle Rechtsverstöße auch verfolgt werden. Zweite Voraussetzung ist eine personell aufgestockte Justiz, die die Rechtsbrecher zeitnah und mit der vollen Härte der Gesetze bestraft. Da viele Straftäter Jugendliche sind, ist eine Verschärfung des Jugendstrafrechts erforderlich.¹⁰ Bei Straftätern mit ausländischem Pass muss die Abschiebung, ggf. nach Verbüßung einer Haftstrafe, zum Regelfall werden.¹¹

Kommentar vom 03.02.2025:

Die "Guten" gehen, die "Schlechten" bleiben

Nach dem Sturz des Assad-Regimes in **Syrien** wollen viele Syrer, die in Deutschland Zuflucht gefunden haben, zurück nach Syrien. Das sind die "guten" Syrer, die Verantwortung übernehmen und ihr Land wieder aufbauen wollen, darunter viele Leistungsträger wie Ärzte und Ingenieure. Der deutsche Staat sollte sie dabei unterstützen, auch wenn die Leistungsträger in Deutschland eine Lücke hinterlassen, aber gerade sie werden in Syrien dringend gebraucht.

Andere Syrer werden nicht freiwillig gehen, insbesondere die, die in Deutschland von staatlichen Zuwendungen gut leben, ohne dafür zu arbeiten, und die, die an den "verführerischen" deutschen Frauen Gefallen gefunden haben, und natürlich die Kriminellen, die in einem islamistischen Syrien viel härtere Strafen zu erwarten haben als in Deutschland. Das sind die "schlechten" Syrer.

Der deutsche Staat muss die Rückführung der "schlechten" Syrer forcieren. Syrer, die straffällig geworden sind, müssen nach Syrien abgeschoben werden. Die "Gutmenschen" werden sagen, das kann man nicht machen, weil die Strafen dort höher und zum Teil unmenschlich sind. Das Argument kann man allerdings nicht gelten lassen, da in Deutschland begangene Straftaten in Syrien nicht verfolgt werden, und wenn die Täter in Syrien erneut straffällig werden, ist das deren Problem. Ebenso müssen alle islamistischen Gefährder abgeschoben

Dr. H. Wolff

¹⁰ Siehe auch meine Kommentare ,Sollte das Jugendstrafrecht verschärft werden?' vom 28.03.2023 und ,"Gutmenschentum" führt zur Zunahme von Gewalt' vom 26.08.2024.

¹¹ Bei doppelter Staatsbürgerschaft muss den Straftätern die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden.

werden, denn ihnen droht von den neuen, islamistischen Machthabern keine Gefahr. Dasselbe gilt natürlich auch für andere islamistische Staaten wie Afghanistan.

Kommentar vom 09.02.2025:

Olaf Scholz und die SPD stärken Putin den Rücken

Olaf Scholz gibt sich im Bundestagswahlkampf als "Friedenskanzler" und "garantiert" den Deutschen, dass es mit ihm keine Eskalation zwischen der NATO und Russland geben wird. Das "garantiert" er damit natürlich indirekt auch Russland, schwächt also die NATO und stärkt Putin den Rücken, gibt ihm praktisch einen Freibrief, seinerseits den Krieg gegen die Ukraine weiter zu eskalieren.

Damit und mit der Weigerung der Ukraine Taurus-Marschflugkörper für den Einsatz gegen militärische Ziele im russischen Hinterland zu liefern, bereitet Scholz die Niederlage der Ukraine und einen **Diktatfrieden Putins** vor.

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat Scholz durch sein zögerliches Verhalten die Verteidigung der Ukraine erheblich geschwächt, was **viele Menschenleben gekostet** hat.¹² Damit reiht sich die SPD in die Reihe der Putin-Komplizen der AfD, des BSW und der Linkspartei ein. Gegenüber dem BSW hat die SPD diesbezüglich auch bei den Koalitionsverhandlungen in Brandenburg nachgegeben.

Nachtrag vom 20.02.2025:

Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz und die rot-grüne Rest-Bundesregierung regen sich über die russlandfreundliche Verhandlungsführung Trumps auf und darüber, dass Europa an den Verhandlungen zu einem Waffenstillstand in der Ukraine nicht beteiligt wird. Dabei sind es genau dieser Bundeskanzler und diese Bundesregierung, die durch ihr Zögern und Bremsen die europäische Position im Ukraine-Krieg geschwächt haben.

Kommentar vom 17.02.2025:

Der Elektroauto-Boom in China hat nichts mit Klimaschutz zu tun

Bei den Pkw-Neuzulassungen in China beträgt der Anteil von Fahrzeugen mit Elektroantrieb mittlerweile über 50%. Das liegt allerdings nicht am Klimabewusstsein der chinesischen Autokäufer, sondern an massiven Subventionen der chinesischen Regierung. Auch der chinesischen Regierung geht es dabei primär nicht um den Klimaschutz, sondern um die Stärkung der einheimischen Automobilindustrie.

¹² Siehe auch meinen Kommentar , Über den Krieg' vom 01.03.2023.

Auf dem Gebiet der Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor hatte China keine Chance zu europäischen Automobilherstellern aufzuschließen. Gerade die deutschen Premium-Hersteller hatten die Verbrenner-Technologie perfektioniert und damit auch in China großen Erfolg. Die im Rahmen des Klimaschutzes aufkommende Elektromobilität war dann für die chinesische Automobilindustrie die Chance, mit einer weniger komplexen Technologie aufzuschließen. Dazu war die chinesische Automobilindustrie allerdings nicht aus eigener Kraft in der Lage, sondern es bedurfte massiver staatlicher Subventionen.

Aufgrund des abflauenden wirtschaftlichen Aufschwungs in China drängt die chinesische Automobilindustrie nun auf den europäischen Markt. Dabei macht sie sich zusätzlich zu niedrigen Produktionskosten und hohen Subventionen die dirigistische EU-Klimapolitik mit hohen Strafzahlungen bei Nichteinhaltung absurder CO₂-Flottenziele und dem Verbrennerverbot ab 2035 zu Nutzen. So zerstört die EU die europäische und insbesondere die deutsche Automobilindustrie, wenn nicht schnellstens eine drastische Kehrtwende in der Klimapolitik erfolgt. Dazu muss es aber in Deutschland zu einer radikalen Politikwende kommen und die neuen Ziele müssen mit harten Bandagen in der EU durchgeboxt werden. - Aber welcher Partei bzw. Koalition ist das zuzutrauen?!

Kommentar vom 24.02.2025:

Zum Ergebnis der Bundestagswahl

Zuerst einmal ist es eine Erleichterung, dass dieser erbärmliche Wahlkampf beendet ist, der von Rot-Grün auf der Moralebene geführt wurde (Mützenich (SPD): "Sündenfall", "Tor zur Hölle"). 13,14

Mit einem Ergebnis von 28,5% (208 von 630 Sitzen im Bundestag) ist die CDU/CSU stärkste Partei geworden, gefolgt von der AfD mit 20,8% (152 Sitze). Die Ampel-Parteien SPD mit 16,4% (120 Sitze) und Grüne mit 11,6% (85 Sitze) wurden deutlich abgestraft, ebenso die FDP, die an der 5%-Hürde gescheitert ist. Damit sind nur Koalitionen der CDU/CSU mit der SPD oder mit der AfD möglich, wobei die CDU/CSU letztere ausgeschlossen hat.

In den nun anstehenden Koalitionsverhandlungen der CDU/CSU mit der SPD muss eines sichergestellt werden: Ein ,Weiter wie bisher' darf es nicht geben. Das würde das Vertrauen in die Demokratie in Deutschland erheblich beschädigen.

¹³ Siehe auch den Kommentar 'Die hysterische Republik: Die deutsche Linke will die Demokratie retten – was für eine Anmassung' aus der NZZ vom 14.02.2025.

¹⁴ Siehe auch meinen Kommentar ,Der Wandel von der Leistungsgesellschaft zur Moralgesellschaft' vom 29.11.2024 sowie den Gastkommentar "Moralisierung gefährdet die Demokratie" aus der NZZ vom 11.10.2024.

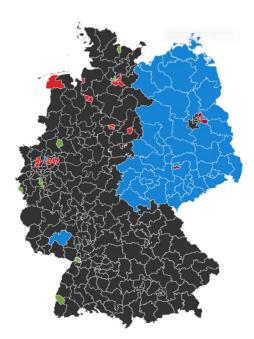
Die neue Bundesregierung steht vor großen Aufgaben, die mit Priorität angegangen werden müssen. Einige davon wurden in den vorangegangenen Kommentaren und einige werden in den nächsten Kommentaren angesprochen (Sozialstaat, Energiewende, Bildung).¹⁵

Meine Präferenz wäre eine **Expertenregierung** unter Führung von Friedrich Merz **ohne Beteiligung von SPD und Grünen**. Diese Minderheitsregierung muss sich sachorientiert auf wechselnde Mehrheiten stützen und darf dabei auch vor der Zustimmung der AfD keine Angst haben. ¹⁶

Nachtrag vom 25.02.2025:

Die nebenstehende Grafik zeigt die Verteilung der Zweitstimmen nach Wahlkreisen. In Ostdeutschland ist die AfD flächendeckend die stärkste Partei. Man könnte sagen, die "Brandmauer" der (im Westen) etablierten Parteien ist identisch mit der Grenze zwischen der BRD und der DDR. Um Osten und Westen nicht weiter zu entzweien, heißt es erneut: "Die Mauer muss weg!"

Die "Brandmauer" treibt auch einen Keil in die Beziehungen zwischen Deutschland und den USA.¹⁷ Ich höre President Trump schon sagen: "Mr. Merz, tear down this wall!"



Nachtrag vom 27.02.2025:

Das neue **Wahlrecht**, mit dem die Zahl der Bundestagsabgeordneten reduziert wurde, hat dazu geführt, dass 23 Wahlkreise nicht mit einem direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag vertreten sind (CDU/CSU 18, AfD 4, SPD 1). Mein Vorschlag wäre, dass immer alle mit der Erststimme direkt gewählten Abgeordneten aus den 299 Wahlkreisen in den Bundestag kommen und weitere 299 Abgeordnete über die Landeslisten, wobei **nur** diese mit der Zweitstimme gewählt werden. Dieses System wäre eine Mischung aus Direktwahl und Verhältniswahl, das die großen Parteien bevorzugen würde, was grundsätzlich gut für stabile Mehrheiten wäre. Im konkreten Fall hätte aber nur die CDU/CSU Vorteile von einer solchen Wahlrechtsänderung, weshalb alle anderen Parteien sicherlich dagegen wären.

¹⁵ Eine hervorragende Analyse der Probleme, vor denen der deutsche Staat steht, liefert Thilo Sarrazin in seinem Buch ,Deutschland auf der schiefen Bahn – Wohin steuert unser Land?', siehe Literaturempfehlungen.

¹⁶ Siehe auch die Analyse aus der NZZ vom 21.02.2025, die zeigt, dass die CDU bei vielen wichtigen Themen die meisten programmatischen Übereinstimmungen mit der AfD hat.

¹⁷ US-Vizepräsident J.D. Vance hat betont, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland, auch für rechte Meinungen, eine Voraussetzung dafür ist, dass die USA sich weiter für die Sicherheit Deutschlands engagieren. Siehe auch den Nachtrag von 05.05.2025 zu meinem Kommentar ,Nancy Faesers letzter Coup' vom 02.05.2025.

Nachtrag vom 13.03.2025:

Ein Interview mit Bernd Baumann, dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, aus der NZZ vom 12.03.2025 zeigt, dass eine Zusammenarbeit der CDU/CSU mit der AfD durchaus möglich wäre.

Kommentar vom 03.03.2025:

Der Sozialstaat muss verschlankt werden

Die Ausgaben für **Sozialleistungen** machten 2023 ca. **47% des Bundeshaushalts** aus.¹⁸ Das schränkt die Möglichkeiten für wichtige Aufgaben wie innere Sicherheit, Verteidigung, Infrastruktur etc. stark ein.

Das **Bürgergeld** hat sich als ungeeignet erwiesen. Trotz des hohen bürokratischen Aufwands ist es nicht zielgenau, ähnelt eher einer Vorstufe des bedingungslosen Grundeinkommens.¹⁹ Fast die Hälfte der Empfänger sind nicht einmal deutsche Staatsbürger. Diese Art von "Gleichstellung" ist untragbar. Hier muss differenziert und gleichzeitig die Bürokratie reduziert werden. Außerdem wird mit dem Bürgergeld das Lohnabstandsgebot verletzt, denn es ist so hoch, insbesondere bei Familien mit Kindern, dass sich die Aufnahme einer Arbeit oft nicht lohnt.²⁰ Grundsätzlich muss das Prinzip gelten: Wer arbeiten kann, muss arbeiten (Qualifizierungsmaßnahmen eingeschlossen).

Das **Rentensystem** auf Umlagebasis trägt sich aufgrund des demografischen Wandels nicht mehr selbst, der Staat schießt aus Steuergeldern jetzt schon ca. 30% zu, mit steigender Tendenz. Da hilft nur, das Regeleintrittsalter für die Altersrente kontinuierlich der steigenden Lebenserwartung anzupassen. Fälle, in denen das eine unzumutbare Härte darstellt, müssen über die Berufsunfähigkeits- bzw. Erwerbsminderungsrente abgefangen werden. Zusätzlich muss eine zweite, kapitalgedeckte Säule aufgebaut werden, die aber nicht schuldenfinanziert sein darf.²¹

Die genannten notwendigen Maßnahmen sind allerdings bei einer Regierungsbeteiligung der SPD nicht durchzusetzen.

1

¹⁸ Statista: Ausgaben des Bundes nach Funktionen 2023: 215,2 Mrd. € von 457,1 Mrd. €.

¹⁹ Das suggeriert schon der Name "Bürgergeld": Arbeitslose bekommen Arbeitslosengeld, Kranke bekommen Krankengeld und Bürger bekommen Bürgergeld.

Das ist oft bei Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung und bei Ausländern der Fall, die in der Regel auch noch mehr Kinder haben als Deutsche aus gebildeten Schichten. Dass das Geld für die Kinder denen auch voll zugute kommt, ist wohl eher die Ausnahme. In einigen Fällen ist das Geld vom Staat wohl sogar Anreiz, noch mehr Kinder zu bekommen, die dann möglicherweise ihr ganzes Leben lang Sozialleistungsempfänger bleiben.

²¹ Siehe meinen Kommentar ,Wie sinnvoll ist eine schuldenfinanzierte Aktienrente?' vom 11.03.2024.

Kommentar vom 10.03.2025:

Die Energiewende muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden

Die Energiewende, wie sie von der Ampel-Regierung unter Führung der Grünen eingeleitet wurde, basiert auf völlig weltfremden, ideologischen Wunschvorstellungen und hat zu einer Energiekrise geführt, mit Energiepreisen, die so weit über dem Durchschnitt in Europa und dem Rest der Welt liegen, dass die deutsche Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig ist und sich in einer Dauerrezession befindet.²²

Das Problem ist, dass die Erzeugung von Wind- und Solarstrom zeitlich stark schwankt, weshalb bei geringer Ausbeute Stand-by-Kraftwerke (meist Gaskraftwerke) einspringen müssen und der Rest aus dem Ausland importiert werden muss.²³ Kraftwerke, die die meiste Zeit auf Stand-by sind, sind unrentabel, und der importierte Strom ist teuer, während überschüssiger Wind- und Solarstrom zu viel geringeren, teilweise negativen Preisen ins Ausland exportiert wird.

Was fehlt, sind zum einen Stromtrassen, die den Strom von den Windkraftanlagen im Norden zu den Verbrauchern im Süden bringen, und zum anderen Anlagen, um bei hoher Ausbeute überschüssigen Wind- und Solarstrom zu speichern, der dann bei geringer Ausbeute ins Netz abgegeben werden kann. Geeignete Methoden zur Speicherung sind neben der Batteriespeicherung die elektrolytische Erzeugung von Wasserstoff, der bei Bedarf in entsprechend ausgerüsteten Gaskraftwerken wieder in Strom umgewandelt werden, aber auch direkt zur Wärmeerzeugung dienen kann, sowie die Erzeugung sog. E-Fuels, die in klassischen Verbrennungsmotoren eingesetzt werden können.

Für den Auf- und Ausbau dieser dringend benötigten Infrastruktur müssten diejenigen Subventionen verwendet werden, mit denen bisher Windkraftanlagen, Solarstrom und Elektromobilität gefördert wurden. – Ob die CDU/CSU das in einer Koalition mit der SPD durchsetzen kann, ist allerdings fraglich. Anzuzweifeln ist auch die Zustimmung des Bundesrates aufgrund der Regierungsbeteiligung der Grünen in sieben Bundesländern.

Nachtrag vom 12.03.2025:

Zitate aus einem Interview mit dem ehemaligen Präsidenten des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung **Hans-Werner Sinn**:

-

²² Mittlerweile ist klar, dass die Grünen in der Ampel-Regierung bei der Durchsetzung ihrer politischen Agenda massiv manipuliert haben, siehe den Artikel 'Politische Agenda statt ergebnisoffene Prüfung: Die deutsche Bundesregierung manipulierte die Diskussion über den Atomausstieg' aus der NZZ vom 07.02.2025.

²³ Siehe auch den Kommentar 'Die Geduld der europäischen Nachbarn mit Deutschlands Energiepolitik ist am Ende' aus der NZZ vom 13.12.2024.

"Im Bereich der Energiepolitik wird ziemlich viel Geld ausgegeben für zerstörerische Aktivitäten, sage ich mal. Wenn man die Atomkraftwerke abschaltet, dann vernichtet man Kapital. …
Deutschland ist der Geisterfahrer auf der Welt. … Überall entstehen kleine, modulare Kraftwerke. … Die Reise geht in die andere Richtung. Nur Deutschland glaubt, es wüsste besser, wo es hingeht, als die anderen. … Ohne die Energie können Sie die Räder der Industriegesellschaft nicht drehen. Wir haben eine Deindustrialisierung in Deutschland seit dem Jahr 2018."

"Ich habe nichts gegen erneuerbare Energien, aber Sie dürfen nicht denken, dass es billiger wird. … Wenn wir Deutschen das nur machen oder Europa das nur macht, das wird nicht viel bewirken. … Weil die fossilen Brennstoffe, die wir nicht mehr kaufen, auf Märkten ja gehandelt werden und anderswohin geliefert werden. Glauben Sie nicht, dass das Öl in der Erde bleibt, was wir hier nicht mehr verbrauchen, dank der Verbrennerverbote in Europa, sondern das fließt einfach woanders hin. Das ist die Empirie, das kann man zeigen, dass das so ist."

Nachtrag vom 22.03.2025:

Für ihre Zustimmung zum Schuldenpaket von CDU/CSU und SPD haben die Grünen das Ziel der deutschen "Klimaneutralität bis 2045" ins Grundgesetz schreiben lassen (Art. 143h). Wie Prof. em. H.-W. Sinn in seinem Interview vom 11.03.2025 dargelegt hat, ist Klimaneutralität eine grüne Illusion, die mit der Realität nichts zu tun hat. Macht das den ehrenwerten Prof. em. H.-W. Sinn jetzt zum Verfassungsfeind?!

Kommentar vom 17.03.2025:

Katastrophal schlechte Lesekompetenz deutscher Erwachsener

"Bitte sorgen Sie dafür, dass Ihr Kind bis 10.00 Uhr hier ist." – So lautet ein Satz aus der neuen Bildungsstudie PIAAC, den die Studienteilnehmer zu interpretieren hatten. Etwa 22% der deutschen Erwachsenen hatten Probleme, den Inhalt dieser Aussage richtig zu erfassen. In Deutschland haben 4.800 Menschen im Alter zwischen 16 und 65 Jahren an der Studie teilgenommen, insgesamt waren es in 31 Ländern 160.000 Teilnehmer. Getestet wurden Lesekompetenz, alltagsmathematische Kompetenz sowie die Problemlösungsfähigkeit. Am besten schnitten Finnland, Japan, die Niederlande, Norwegen und Schweden ab. Deutschland liegt mit seinen Ergebnissen zwar über dem Durchschnitt der OECD-Mitgliedstaaten und schneidet besser ab als bei der Vergleichsstudie 2012. Aber das liegt vor allem daran, dass die Ergebnisse insgesamt schlechter waren. In Finnland liegt die mittlere Lesekompetenz aller Erwachsenen über der mittleren Lesefähigkeit deutscher Hochschulabsolventen. Anlass zur Sorge bereitet vor allem, dass die Lesekompetenz bei Geringqualifizierten abnimmt, und zwar so weit, dass viele kaum in der Lage sein werden, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

Offensichtlich ist, dass Migranten, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, das Problem weiter verschärfen. Und die Integration von deren Kindern an deutschen Schulen senkt auch das Niveau der deutschen Schüler immer weiter ab.

Kommentar vom 22.03.2025:

Die Politikwende ist vorbei, bevor sie überhaupt begonnen hat

SPD und Grüne haben ihr Versagen in der Ampel-Regierung immer so erklärt, dass ihr eingeschlagener Weg zweifellos richtig sei, dass es nur größerer Anstrengungen in dieser Richtung bedürfe. Dagegen hat Friedrich Merz versprochen, dass es mit ihm einen "Politikwechsel" geben werde, bei dem die Irrwege der Ampel-Regierung bei Migrationspolitik, Klima- und Energiepolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik, Staatsverschuldung, Bürokratie etc. korrigiert würden.

Dann aber hat er sich beide Hände auf den Rücken gebunden, indem er sowohl jegliche Zusammenarbeit mit der AfD als auch eine Minderheitsregierung ausgeschlossen hat. Damit hat Merz sich und die CDU vollkommen SPD und Grünen ausgeliefert.

So wurde auf Drängen der SPD ein riesiges neues Schuldenpaket verabschiedet. Es ist naiv zu glauben, dass die SPD jetzt noch grundlegenden Strukturreformen und Einsparungen bei Bürokratie, Migrations- und Sozialpolitik etc. zustimmen wird, denn durch das Schuldenpaket wird der reguläre Haushalt von zusätzlich notwendigen Ausgaben entlastet und dadurch der Reformdruck reduziert.²⁴

Für die notwendige Zustimmung zum Schuldenpaket haben die Grünen den Klima- und Transformationsfonds aufstocken und das Ziel der deutschen "Klimaneutralität bis 2045" ins Grundgesetz hineinschreiben lassen (Art. 143h).²⁵

So haben SPD und Grüne ihre toxische Politik mit Hilfe der CDU für viele lange Jahre zementiert, obwohl eine klare Mehrheit diese Politik bei der Bundestagswahl abgewählt hat:²⁶

Wer hat uns verraten? - Christlichdemokraten!

Nachtrag vom 23.03.2025:

CDU/CSU und SPD haben innerhalb eines Monats das Vertrauen ihrer Wähler eingebüßt. Nach aktuellen Umfragen hätten sie im Bundestag keine Mehrheit mehr.



²⁴ Volksweisheit: "Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Sozialdemokrat spart."

²⁵ Siehe auch meine Kommentare ,Das Dogma der Klimaneutralität' vom 16.08.2023 sowie ,Die neue "Achse des Bösen" bestimmt das Weltklima' vom 17.05.2023.

²⁶ Siehe auch den Kommentar aus der NZZ vom 25.03.2025 zur Konstituierung des Bundestages.

Nachtrag vom 10.04.2025:

Wie erwartet kann beim Koalitionsvertrag vom 09.04.2025 nicht von einer Politikwende oder einem Politikwechsel gesprochen werden. Grundlegende Strukturreformen und substantielle Einsparungen: Fehlanzeige!²⁷

Kommentar vom 30.03.2025:

Generation Z: Im Alltag restlos überfordert

Die Gen Z ist mit dem Wechsel einer Glühbirne überfordert

In einer britischen Studie zur Gen Z gaben ganze 22% der Befragten an, die Glühbirne einer Deckenlampe im eigenen Zuhause nicht selbst wechseln zu können – und lieber einen Profi heranzulassen. Weitere 22% würden die Eltern darum bitten. Die Begründung: Es sei zu gefährlich. Ein knappes Viertel hatte den Verdacht, die Glühlampe könnte zu heiß sein und wollte sie lieber nicht wechseln. Weitere 20% erklärten, auf Leitern zu steigen, sei einfach zu gefährlich.

Beim Auto ist die Lage nicht besser. Die Hälfte der Befragten wusste nicht einmal, wie man einen Autoreifen aufpumpt – und lässt sich an der Tankstelle jedes Mal helfen. Zwei Drittel der Befragten gaben an, die Scheibenwischer nicht wechseln zu können. Die Autobatterie konnten auf einem Bild eines Automotors nur 34% der Teilnehmer korrekt identifizieren.

Die Gen Z ist damit überfordert, im Restaurant zu bestellen

Die Angstzustände der Gen Z wirken sich sogar auf ihre Essgewohnheiten aus: Die meisten geben zu, dass sie in Restaurants mit "Speisekartenangst" zu kämpfen haben, so eine britische Umfrage. Gründe dafür sind der Umfang der Auswahl und die Angst, etwas Falsches auszuwählen, besonders, wenn Gerichte und Zutaten unbekannt sind. Ein Drittel der Gen Z gab an, dass sie aus diesem Grund andere Personen bitten, im Restaurant zu bestellen. Ein weiteres Drittel gab an, sich nach Empfehlungen aus den "sozialen" Medien zu richten. Wichtig ist ihnen auch, dass ihr Essen "instagrammable" aussieht.

Der Gen Z fällt es schwer, mit ihrem Namen zu unterschreiben

Infolge des jahrzehntelangen Rückgangs des handschriftlichen Schreibunterrichts fehlt jungen Menschen in den USA zunehmend eine eindeutige Unterschrift – ein Mangel, der die Wähler der Gen Z bei der Stimmabgabe zur US-Präsidentschaftswahl behindert hat. Eine relativ hohe Anzahl von Briefwahlunterlagen wurde aufgrund von Problemen mit der Übereinstimmung der Unterschriften abgelehnt.

Die Jugend ist die Zukunft. – Na dann, gute Nacht!

²⁷ Siehe die Artikel ,Was von der deutschen Wirtschaftswende geblieben ist' aus der NZZ vom 09.04. 2025, ,Die konservative Wende in der deutschen Politik bleibt vorerst aus' aus der NZZ vom 10.04. 2025 und ,Reaktionen auf den Koalitionsvertrag von Union und SPD' aus der NZZ vom 10.04.2025.

Kommentar vom 05.04.2025:

Die einzige Chance für 'Made in Germany' ist Qualität

Waren aus Deutschland haben immer noch einen sehr guten Ruf, der auf deren hoher Qualität beruht. Amerikaner kaufen lieber eine teure Waschmaschine aus dem Ausland als ein qualitativ minderwertiges Produkt 'Made in USA'. Dieser Qualitätsunterschied ist das probate Mittel gegen die amerikanischen Importzölle, die die Amerikaner zum Kauf amerikanischer Güter animieren und die dortige Produktion ankurbeln sollen. Dass das funktioniert, kann bezweifelt werden, denn die Importzölle führen auch bei vielen amerikanischen Herstellern zu höheren Preisen von Produkten, die, bzw. deren Komponenten, sie im Ausland herstellen lassen.²⁸

Der größte Fehler, den deutsche Hersteller jetzt machen können, ist, an der Qualität ihrer Produkte zu sparen, denn ein Preiskampf ist aufgrund der hohen Lohn- und Energiekosten in Deutschland aussichtslos. Nur, wenn die Qualität den höheren Preis inkl. Zoll rechtfertigt, können Produkte 'Made in Germany' am Markt bestehen. Sofern deutsche Hersteller ihre Produktion bereits ins Ausland verlagert haben, ist es zwingend erforderlich, dass dort deutsche Qualitätsstandards eingehalten werden. Ist das nicht möglich, muss die Produktion nach Deutschland zurückgeholt werden. Viele Hersteller haben damit bereits begonnen.

Ein anderes, eben so gravierendes Problem ist der Verkauf deutscher Qualitätsunternehmen ins Ausland. Bekannte Marken wie z.B. Osram sind mittlerweile in chinesischer Hand und die Qualität der Produkte, die nur noch den deutschen Markennamen tragen, aber in China hergestellt werden, ist nicht mehr vergleichbar mit der früherer Produkte aus deutscher Herstellung. Das schadet dem Ruf deutscher Produkte erheblich.

Nachtrag vom 11.04.2025:

Aufgrund der Erhöhung der amerikanischen Einfuhrzölle auf Waren aus China auf 145% ist damit zu rechnen, dass der europäische Markt mit chinesischen Waren zu Dumpingpreisen überschwemmt wird. Auch dagegen hilft nur ein überzeugender Qualitätsvorsprung europäischer und insbesondere deutscher Waren.

Zweifel hieran sind allerdings dadurch begründet, dass minderwertige China-Ware von *Shein* und *Temu* zumindest bei jungen Leuten beliebt ist, Stichwort: *Ultra Fast Fashion*.

es nicht so traurig wäre.

Abgesehen davon belegt die "Berechnung" der Zölle die kaum zu überbietende Inkompetenz der Trump-Administration: Da wird einfach der Handelsbilanzüberschuss eines Landes mit den USA in Prozent halbiert und schon hat man den Zoll für die Importe aus diesem Land "berechnet". Und dabei lässt man dann auch noch Dienstleistungen komplett unter den Tisch fallen. Ein Witz, wenn

Nachtrag vom 21.04.2025:

Auch die Verlagerung europäischer Produktion in die USA ist unter Qualitätsgesichtspunkten brandgefährlich für den Ruf der Firmen, die damit Trumps Zölle umgehen wollen. Ein Beispiel ist die Produktion von Louis Vuitton Taschen in Texas, bei der sehr viel Ausschuss produziert wird.

Kommentar vom 12.04.2025:

Deutschland ist kein reiches Land

Das Narrativ der Merkel-Regierung, Deutschland sein ein reiches Land ("Wir schaffen das!"), entspricht nicht den Tatsachen. Trotzdem wird es bis heute aufrechterhalten. Zwar geht es der deutschen Wirtschaft trotz des zuletzt rapiden Niedergangs noch relativ gut, denn die Unternehmen machen zumindest im Ausland noch einige Gewinne. Aber bei der deutschen Bevölkerung kommt davon wenig an.

Zum einen sind zu wenige Menschen über Aktien etc. am unternehmerischen Erfolg beteiligt, zum anderen fressen die hohen Steuern und Abgaben sowie die hohen Lebenshaltungskosten die relativ hohen Löhne und Gehälter auf. Besonders hervorzuheben sind die hohen Kosten für Wohnung und Energie. Fatal ist, dass in Deutschland der Anteil an selbstgenutztem Wohneigentum mit deutlich unter 50% so niedrig ist wie in keinem anderen Land der EU und weiter sinkt. Das ist besonders im Alter eine Armutsfalle.²⁹ Hinzu kommt der hohe Anteil an Migranten, die vom Staat leben ("Die schaffen uns!").

Trotzdem ist Deutschland bei weitem der größte Nettozahler in der EU, und fast der einzige neben den Niederlanden.³⁰ Da wünscht man sich eine Vizekanzlerin Alice Weidel, die von der EU wie einst Maggie Thatcher fordert: "We want our money back", und die mit der glaubhaften Drohung, die deutschen Zahlungen einzustellen, die EU in ihre Schranken weist.

Nachtrag vom 16.04.2025:

Aufgrund der aktuellen Unzuverlässigkeit der USA unter Trump sowohl in der Verteidigungsals auch der Wirtschaftspolitik wird allseits gefordert, die EU solle geschlossener und unabhängiger werden. Frankreich will dabei die Führung übernehmen und Deutschland soll zahlen. – So nicht!

²⁹ Siehe auch meinen Kommentar ,Über Armut in Deutschland' vom 25.04.2023.

³⁰ Laut einer Analyse des EU-Haushalts 2023 waren Deutschland und die Niederlande die einzigen EU-Mitgliedsländer, die netto noch nennenswert in die EU-Kasse eingezahlt haben, selbst Frankreich ist mittlerweile Netto-Zahlungsempfänger ("Der Steuerzahler", 10-2024).

Kommentar vom 19.04.2025:

Das Gleichnis vom Großbauern und den Kleinbauern

Es war einmal ein Großbauer, der gutes Geld verdiente, weil er schlau und sparsam war und sich von seinem Gewinn über die Jahre moderne Landmaschinen gekauft hatte. Viele Kleinbauern in der Gemeinde hatten noch alte Maschinen und kamen auf keinen grünen Zweig. "Das geht so nicht", sagte die Bürgermeisterin und entschied, dass der Großbauer den Kleinbauern den Maschinenpark modernisieren müsste. Der Gemeinderat, in dem auch viele der Kleinbauern saßen, beschloss mit großer Mehrheit, dass es so sei. So musste der Großbauer den Kleinbauern über die nächsten Jahre neue Maschinen finanzieren.

Dann aber kam eine lange Dürre und damit große Ernteausfälle. Die Kleinbauern mussten ihre neuen Maschinen verkaufen, um zu überleben. Der Großbauer aber hatte in den letzten Jahren keine Rücklagen bilden können und seine Maschinen waren schon älter, so dass er Konkurs anmelden musste. So verarmte die ganze Gemeinde und hatte am Ende nicht einmal mehr Geld, um die Schule weiter zu betreiben. Die jungen Leute zogen weg, und die Gemeinde verelendete vollends.

Soviel sei zum Schluss noch verraten: Die Bürgermeisterin hieß Ursula und der Großbauer Schland.³¹

Kommentar vom 26.04.2025:

"Ich bin nicht mittelmäßig, ich werde diskriminiert"

Nur wenige Menschen und Leistungen sind – wie das Wort schon sagt – herausragend, aber "normal" ist in der heutigen Zeit der "sozialen" Medien out. Wer aber keinen Erfolg hat, egal auf welchem Gebiet, sucht den Grund ungern bei sich selbst. Die Tatsache, dass man sich selbst herausragend gut findet, diese Meinung aber, außer vielleicht von den eigenen Eltern, von niemandem geteilt wird, ist doch schon der Beweis für eine systematische Diskriminierung.

Das erklärt den Erfolg der **Woke-Ideologie**. Ist man weiblich oder schwarz, oder am besten beides, ist das einhundertprozentig die Erklärung für das eigene Scheitern bzw. die eigene Bedeutungslosigkeit. Ist man das nicht, liefert die Woke-Ideologie eine andere Diskriminierung, z.B. diverse Formen von Rassismus oder weil man LGBTQIA+ ist. Das geht soweit, dass viele junge Menschen, besonders Frauen, sich als psychisch krank darstellen, um einen Opferstatus zu erlangen.³²

³¹ Siehe auch meinen Kommentar ,Nützt oder schadet die EU Deutschland?' vom 15.11.2023.

³² Siehe das Interview mit dem Psychologen Holger Richter aus der NZZ vom 06.02.2025, in dem er die Pathologisierung der Gesellschaft kritisiert.

Nun ist es aber mehrheitlich nicht so, dass **Donald Trump** den Menschen, Unternehmen und Institutionen gegen ihren Willen die Wokeness verbietet, sondern die meisten haben lange darauf gewartet, von dem Druck, woke sein zu müssen, dem sie selbst nicht standhalten konnten, befreit zu werden, auch in Europa. Dass Trump die Methoden der Woke-Ideologen wie Wort-Verbote und *Cancel Culture* jetzt gegen sie einsetzt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Trotzdem wäre es besser, Woke-Ideologie und *Political Correctness* durch echte Redefreiheit zu ersetzen, aber vielleicht ist es tatsächlich notwendig, mit den gleichen Waffen zurückzuschlagen, um erfolgreich zu sein.

Kommentar vom 02.05.2025:

Nancy Faesers letzter Coup

In den letzten Tagen ihrer Amtszeit ist es der Innenministerin *alias Staatssicherheitsministerin* Nancy Faeser (SPD) noch gelungen, die **AfD** vom ihr unterstellten und im "Kampf gegen rechts" instrumentalisierten Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) für **gesichert rechtsextremistisch** erklären zu lassen. Dass das politisch motiviert ist, ist offensichtlich, auch wenn Faeser das Gegenteil behauptet.³⁴

Das Verfahren läuft schon länger, die Bekanntgabe folgt jedoch unmittelbar auf die ersten Wahlumfragen, die die AfD nicht nur im Osten sondern in der gesamten Bundesrepublik als stärkste Kraft sehen.

Das verdankt die AfD der "demokratischen Mitte", von der sie als "Tor zur Hölle" (Rolf Mützenich, SPD) gesehen und entsprechend behandelt wird. Allerdings führt die Ausgrenzung der AfD dazu, dass sie die gravierenden Probleme, wie z.B. die unkontrollierte Migration, nur anprangern muss, aber nicht zu einer Lösung der Probleme beitragen muss/darf. So reicht das langjährige Versagen der "demokratischen Mitte" bei diesen Problemen aus, die AfD zur stärksten Partei zu machen.

Die Frage ist, ob die Einstufung als gesichert rechtsextremistisch den Höhenflug der AfD stoppen kann oder die Wähler den ach so ehrenwerten "Kampf gegen rechts" als antidemokratischen Kampf gegen neue Mehrheitsverhältnisse im Land erkennen. Der nächste Schritt der "demokratischen Mitte" wäre dann ein Verbotsverfahren.³⁵

³³ Siehe auch die Kommentare ,Trumps Konterrevolution: Woke als progressive Leitkultur ist am Ende' aus der NZZ vom 31.01.2025 und ,Die Regenbogenfahnen werden eingerollt. Das ist gut so' aus der NZZ vom 19.06.2025.

Siehe auch das Interview mit dem renommierten Verfassungsrechtler Dietrich Murswiek aus der NZZ vom 03.05.2025: «Die Verwendung eines ethnischen Volksbegriffs allein ist nicht verfassungsfeindlich»

³⁵ Siehe auch den Kommentar 'Der Verfassungsschutz führt Deutschland in die politische Sackgasse' aus der NZZ vom 02.05.2025.

Ein Verbotsverfahren würde in jedem Fall der AfD nützen. Misslingt es, würde die AfD gestärkt daraus hervorgehen. Wird sie jedoch verboten, müsste sie sich unter neuem Namen und gemäßigter, ohne Extremisten wie Höcke, neu erfinden und wäre dann regierungsfähig – im Grunde der *Best Case*.

Nachtrag vom 04.05.2025:

Da die Einstufung als gesichert rechtsextremistisch doch erhebliche Nachteile bedeutet und der Rechtsweg durch alle Instanzen sehr lange dauert, würde ich der AfD empfehlen, sich freiwillig unter neuem Namen – ich schlage vor: *DVP Deutsche Volkspartei* – neu und gemäßigter aufzustellen und dabei Rechtsextremisten wie Höcke auszuschließen. Sollte der Umbau rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl vollendet sein, hätte die *DVP* gute Chancen auf eine maßgebliche Regierungsbeteiligung.

Nachtrag vom 05.05.2025:

US-Außenminister Marco Rubio kritisierte die neuen Befugnisse des BfV zur Überwachung der stärksten Oppositionspartei in Deutschland scharf: "Germany just gave its spy agency new powers to surveil the opposition. That's not democracy – it's tyranny in disguise. What is truly extremist is not the popular AfD – which took second in the recent election – but rather the establishment's deadly open border immigration policies that the AfD opposes."

US-Vizepräsident J.D. Vance kommentierte: "The AfD is the most popular party in Germany, and by far the most representative of East Germany. Now the bureaucrats try to destroy it. The West tore down the Berlin Wall together. And it has been rebuilt – not by the Soviets or the Russians, but by the German establishment."

Nachtrag vom 06.05.2025:

Das Debakel der Kanzlerwahl hat gezeigt, dass die "demokratische Mitte" die eigentliche Gefahr für die Demokratie ist, nicht die AfD. Dabei nimmt die Kompromissfähigkeit der Parteien ab, je weiter links und ideologiegetrieben sie sind. Das zeigt sich an der Verweigerungshaltung der Jusos. Es ist bezeichnend, dass die Regierung in Italien unter der als rechtspopulistisch und postfaschistisch eingestuften Ministerpräsidentin Giorgia Meloni stabiler ist als die in Deutschland.

Nachtrag vom 16.05.2025:

Trotz der Einstufung als gesichert rechtsextremistisch durch das BfV liegt die AfD in aktuellen Wahlumfragen nur 1,5% hinter der CDU/CSU. Das liegt innerhalb der Fehlertoleranz. Offensichtlich ist die Einstufung des BfV den Wahlberechtigten egal bzw. sie misstrauen dem BfV.

³⁶ Siehe auch den Kommentar aus der NZZ vom 06.05.2025: "Es braucht die AfD nicht, um das Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat zu beschädigen. Das können die Parteien der Mitte ganz alleine"

Kommentar vom 11.05.2025:

"Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Merz noch Söder auf"

Friedrich Merz und Markus Söder haben bei den Koalitionsverhandlungen versagt. Der Koalitionsvertrag liest sich, als habe die SPD die Wahl gewonnen. Mit sieben Ministern ist die SPD im Kabinett zahlenmäßig überproportional vertreten und hat neben Arbeit und Verteidigung weitere maßgebliche Ministerien wie Finanzen und Justiz übernommen.

Viele Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag stehen unter dem Vorbehalt der Prüfung der Finanzierbarkeit bzw. der Rechtskonformität, also durch SPD-geführte Ministerien. Bei der Ampel-Regierung haben wir gesehen, wie ideologische Vorgaben das Ergebnis solcher Prüfungen bestimmen.³⁷

Der Koalitionsvertrag setzt für die "Lösung" verschiedener Probleme auf staatliche Interventionen. Beispiele sind staatliche Vorgaben zum Mindestlohn, eine erneute Kaufprämie für E-Autos sowie Subventionen zur Stützung der Wirtschaft, obwohl diese primär Steuersenkungen und den Abbau bürokratischer und regulatorischer Hindernisse sowie ein Umdenken bei der Energiepolitik fordert. Das Rentenniveau wird festgeschrieben und soll mit Steuergeldern gehalten werden. Auch die höhere Besteuerung von "Reichen", also von erfolgreichen Leistungsträgen, ist nicht vom Tisch.

Es spricht Bände, dass Carsten Linnemann (CDU), der Architekt des "Politikwechsels", den Friedrich Merz vor der Wahl versprochen hatte, einen Ministerposten abgelehnt hat.³⁸

Umverteilung und staatlicher Dirigismus sind eine Vorstufe des Sozialismus. Helmut Kohl definierte eine Staatsquote von 50% als Grenze zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Diese ist erreicht, aber die CDU/CSU macht jetzt munter mit auf dem Weg in den Sozialismus. Das gilt übrigens auch für die Fortsetzung der staatlichen Unterstützung linker NGOs in ihrem einseitigen "Kampf gegen rechts".³⁹

Kommentar vom 18.05.2025:

Wann beginnt endlich der "Kampf gegen links"?

Alle Parteien von der Linkspartei bis zur CDU/CSU sind vereint im "Kampf gegen rechts". Als Begründung für diese Einseitigkeit wird die Verantwortung aufgrund der deutschen Ge-

³⁷ Siehe z.B. den Artikel 'Politische Agenda statt ergebnisoffene Prüfung: Die deutsche Bundesregierung manipulierte die Diskussion über den Atomausstieg' aus der NZZ vom 07.02.2025.

³⁸ Siehe den Kommentar ,Linnemanns Absage ans Ministerkabinett ist eine Niederlage für Merz' aus der NZZ vom 16.04.2025.

³⁹ Siehe die Kommentare 'Der Sozialismus kehrt schleichend zurück, unter dem Banner der Freiheit. Und er ist schon weit gekommen' aus der NZZ vom 23.04.2025 und 'Millionen an Steuergeldern für NGO – wie der Staat linke Aktivisten und Demokratiefeinde finanziert' aus der NZZ vom 09.05. 2025.

schichte vorgeschoben. Dass auch die DDR zu den dunklen Kapiteln der deutschen Geschichte gehört, wird dabei gerne ignoriert.

Immerhin waren drei der vier größten Völkermörder der Geschichte (Stalin, Mao und Pol Pot) Kommunisten. Warum ist die Linkspartei als Nachfolgeorganisation der verbrecherischen SED hoffähig, während die AfD mit einer "Brandmauer" isoliert wird? Dabei hat eine Studie der Neuen Zürcher Zeitung gezeigt, dass die CDU inhaltlich die größten Übereinstimmungen mit der AfD hat. Wie meistens in der Politik geht es aber nicht um Inhalte, sondern um Macht. Gerade weil die AfD so stark ist, wird sie ausgegrenzt.

Dabei droht von links eine größere Gefahr als von rechts. Die Linken von der Linkspartei über die Grünen bis hinein in die SPD⁴⁰ wollen die Marktwirtschaft durch eine Planwirtschaft ersetzen und die individuellen Freiheiten der Menschen einschränken, auch die vom Grundgesetz garantierte Meinungs- und Redefreiheit.⁴¹ Medien, Hochschulen und viele andere Institutionen, sogar die Kirchen, sind von links unterwandert. Oft beginnt die linke Indoktrination schon in Kindergärten und Schulen.

Es wird Zeit, dass eine breite Front von der Mitte bis zur Rechten auf allen Ebenen den "Kampf gegen links" aufnimmt. Trumps Konterrevolution ebnet hierfür den Weg.⁴² Nach Möglichkeit sollte es dabei etwas zivilisierter zugehen als zzt. in den USA, aber nicht ohne die notwendige Härte und Konsequenz, denn der links-grün-woke Sumpf ist schon sehr tief.³⁹

Kommentar vom 25.05.2025:

Linkspartei und Jungsozialisten sind Verfassungsfeinde

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) behauptet, der AfD, der zweitstärksten Partei in Deutschland, verfassungsfeindliche Bestrebungen nachweisen zu können, und stuft sie deshalb als "gesichert extremistisch" ein. Warum werden dann aber die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der Linkspartei und der Jusos vom BfV ignoriert?

Indem sie die **Vermögen der "Reichen" umverteilen** wollen, verstoßen sie gegen Art. 14 GG, der "Eigentum und Erbrecht gewährleistet" und Enteignungen nur gegen eine angemessene

Seite 20

Dass die Erzsozialistin Saskia Esken ihren Einfluss in der SPD verloren hat, ist zwar erfreulich, aber wenn man den Juso-Vorsitzenden Philipp Türmer hört, der alle Milliardäre in Deutschland weitgehend enteignen will, weiß man in welche Richtung die SPD steuert, siehe den Gastbeitrag aus Focus online vom 27.10.2024: "Juso-Chef Türmer will, dass Deutschland total verarmt oder kommunistisch wird". Warum werden die Jusos nicht als extremistischer Verdachtsfall eingestuft? Wenn man der AfD vorwirft, sie wolle ein anderes Deutschland, dann gilt das genauso für die Jusos.

⁴¹ Wer sich für die Erhaltung der nationalen Identität Deutschlands einsetzt, wird sogleich als "Nazi" beschimpft und ausgegrenzt.

⁴² Siehe den Kommentar ,Trumps Konterrevolution: Woke als progressive Leitkultur ist am Ende' aus der NZZ vom 31.01.2025.

Entschädigung erlaubt. Außerdem verstoßen sie damit gegen Art. 2 Abs. 1 GG, das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit. – Zitate (auch Volksverhetzung nach § 130 StGB):

Reichinnek (Linke): "Wir nehmen den reichen Leuten das Geld einfach weg, erarbeitet haben sie sich das eh nicht."

Van Aken (Linke): "Die haben nur deshalb so viel Geld, weil sie es anderen weggenommen haben."

Türmer (Jusos): "Wir wollen keine Milliardäre in Deutschland." – "Reiche Schmarotzer"

Hinzu kommt, indem sie Meldesysteme für "Äußerungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze" unterstützen, verstoßen sie gegen Art. 5 Abs. 1 GG, das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Würde das **BfV** mit gleichem Maß messen, müssten die Linkspartei und die Jusos zumindest als "extremistische Verdachtsfälle" eingestuft werden. Dass das BfV das nicht tut, zeigt, dass es **nicht politisch neutral** ist. Damit delegitimiert sich das BfV selbst.

Nachtrag vom 31.07.2025:

Auch in der Jugendorganisation der Grünen, der Grünen Jugend, gibt es verfassungsfeindliche Bestrebungen. Deren scheidende Co-Chefin, Jette Nietzard, schließt den Einsatz von Waffengewalt gegen die AfD nicht aus, sollte diese die nächste Bundestagswahl gewinnen.⁴³

Kommentar vom 01.06.2025:

Das kranke Wirtschaftsverständnis der Linken

Unternehmen brauchen, um arbeiten zu können, sowohl Arbeitskräfte als auch Kapitalgeber. Sie konkurrieren um beide und müssen deshalb beide angemessen entlohnen. Wer Kapitalgeber als "reiche Schmarotzer" bezeichnet (Philipp Türmer, Juso-Vorsitzender), leugnet die Regeln der freien Marktwirtschaft und will diese zugunsten einer staatlich gelenkten Planwirtschaft abschaffen. Dass das nicht funktioniert, hat das Scheitern des Kommunismus eindrucksvoll bewiesen.

Trotzdem hängen die Linken unter dem Vorwand der "Gerechtigkeit" weiter blind ihren ideologischen Wunschvorstellungen nach, die auf der irrigen Annahme basieren, dass es sich bei der Wirtschaft um ein Nullsummenspiel handelt.⁴⁴

Die Menschen haben unterschiedliche Fähigkeiten und unterschiedliche Vorgeschichten, so dass sich daraus unweigerlich unterschiedliche Lebensverhältnisse ergeben. Der Versuch, sie gleich zu machen, ist deshalb widernatürlich und ein Verbrechen gegen die Menschen-

Dr. H. Wolff

⁴³ Siehe den Kommentar aus der NZZ vom 29.07.2025: ,Politisch motivierte Gewalt ist eine rote Linie – die deutschen Grünen müssen ihren Nachwuchs zur Ordnung rufen'

⁴⁴ Siehe die Zitate in meinem Kommentar ,Linkspartei und Jungsozialisten sind Verfassungsfeinde' vom 25.05.2025.

würde.⁴⁵ Es ist kein Zufall, dass drei der vier größten Völkermörder der jüngeren Geschichte Kommunisten waren (Stalin, Mao und Pol Pot).

Linke Gleichmacherei ist die größte Gefahr für unsere Freiheit und unseren Wohlstand.

Nachtrag vom 13.06.2025:

Ich frage mich, warum diese linken Denkschemata, die mit der Realität so wenig zu tun haben, immer noch so weit verbreitet sind. Wahrscheinlich liegt es daran, dass Menschen, die in jeder Ungleichheit eine Ungerechtigkeit sehen, ein stärkeres Sendungsbewusstsein haben und deshalb häufiger einen Medien- oder Lehrberuf ausüben und andere beeinflussen, als diejenigen, die davon überzeugt sind, dass man sein Leben selbst in die Hand nehmen muss.

Nachtrag vom 19.08.2025:

Auch der Vorschlag von SPD-Finanzminister Klingbeil, Menschen mit höheren Einkommen und Vermögen höher zu besteuern, um Haushaltslöcher zu stopfen, zeugt von der gleichen kranken, leistungs- und wirtschaftsfeindlichen Denkweise. In Deutschland zahlen die obersten 10% der Einkommensteuerpflichtigen bereits 56,3% der Einkommensteuer, während die unteren 50% nur 6,5% beitragen. Eine noch höhere Belastung wäre noch leistungsfeindlicher als jetzt schon und würde der Wirtschaft schaden, könnte im Endeffekt durch Abwanderung sogar zu geringeren Steuereinnahmen führen.

Nachtrag vom 17.09.2025:

Ein echter **Skandal** ist, dass der Unionsfraktionsvorsitzende Jens Spahn (CDU) das linke Narrativ von der "ungerechten Vermögensverteilung" und "dass Vermögen eigentlich ohne größeres eigenes Zutun fast von alleine gewachsen ist" nachplappert. ⁴⁷ – Der Mehrfachversager Spahn sollte von allen Ämtern enthoben werden.

Kommentar vom 08.06.2025:

Gender-Sprache ist eine üble Diskriminierung

Gender-Sprache umfasst nicht nur die Sonderzeichen wie Stern oder Doppelpunkt innerhalb eines Wortes ("Student:innen") und die damit verbundene kurze Sprechpause. Manche *Genderistas* verwenden nur noch die feminine Form ohne Pause und wollen das als "generisches

⁴⁵ Siehe auch meinen Kommentar 'Gleichberechtigung – Gleichstellung – Gleichheit' vom 03.01.2024 sowie den Kommentar 'Der Sozialismus kehrt schleichend zurück, unter dem Banner der Freiheit. Und er ist schon weit gekommen' aus der NZZ vom 23.04.2025.

⁴⁶ Siehe auch meinen Kommentar ,Die "Schere zwischen arm und reich" vom 18.10.2023.

⁴⁷ Siehe z.B. Tagesschau vom 12.09.2025: ,Spahn kritisiert Ungleichheit – und erntet Beifall'.

Femininum" verstanden wissen. Sprachwissenschaftlich ist das alles natürlich völliger Blödsinn. 48

In den meisten Fällen ist auch das substantivierte Partizip ("demonstrierende Studierende") grammatikalisch und sachlich falsch (viele Beispiele unter "Gendern konkret"). Aber auch die Doppelnennung ("Studenten und Studentinnen") ist nicht nur umständlich, sondern betont das Geschlecht, wo es überhaupt nichts zur Sache tut bzw. tun sollte. Somit widerspricht das Gendern im Kern dem Gedanken der Gleichberechtigung, anstatt diesen zu fördern.⁴⁹

Der einzige nachweisbare Effekt der Gender-Sprache ist die Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die sich für fortschrittlich halten und gendern – und den "schäbigen Rest". Gendern dient der Abgrenzung und Ausgrenzung. Wer das generische Maskulinum verwendet, trägt aus der Sicht der "Fortschrittlichen" so etwas wie einen Judenstern, den man nicht sehen aber hören kann und an dem man die "Rückschrittlichen" erkennt. Gendern ist folglich eine üble Diskriminierung der Mehrheit der Bevölkerung. Viele fühlen sich deshalb genötigt, sich anzupassen und zumindest "milde" Formen der Gender-Sprache zu verwenden. ⁵⁰

Man fragt sich nun, wie es möglich ist, dass eine Minderheit die Mehrheit vor sich hertreibt. Thilo Sarrazin schreibt dazu in "Die Vernunft und ihre Feinde":

Wenn einer kleinen Minderheit, die sehr aktivistisch ist, eine Sache sehr wichtig ist, die der großen Mehrheit nicht so wichtig ist, dann setzt sich die kleine Minderheit irgendwann mit ihrem Anliegen ganz oder teilweise durch.

und

Dass der Kampf um das generische Maskulinum verloren ist, wusste ich, als ich im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, den ich regelmäßig lese, im Jahr 2020 plötzlich in einer Statistik den Begriff "Einwohnende" statt "Einwohner" vorfand.

Nachtrag vom 15.06.2025:

Man darf die Hoffnung noch nicht aufgeben, wie das folgende Zitat aus dem Nürnberger Blatt nahelegt:

⁴⁸ Siehe den Gastkommentar ,Die feministische Gendersprache basiert auf einer Verwechslung von Genus und Sexus' aus der NZZ vom 14.04.2025 sowie den Artikel von Tobias Kurfer "Nein, die deutsche Sprache diskriminiert Frauen nicht".

⁴⁹ Siehe auch meine ausführlicheren 'Gedanken zum Verfall der deutschen Sprache' sowie meinen Kommentar 'Gender-Sprache als Tumor-Marker der Gesellschaft' vom 17.01.2024.

Zitat aus dem Buch des Philosophen und Publizisten Michael Andrick "Ich bin nicht dabei – Denk-Zettel für einen freien Geist", in dem es um die "Entstehung konformer Denkformen" geht: "Das Gendern muss mit allen anderen ideologischen Sprachmanipulationen sozial geächtet und in öffentlichen Institutionen dienstvorschriftlich verboten werden. Es schadet dem Gemeinwohl, indem es die Grundlage offener Diskussionen freier Menschen untergräbt: die gemeinsam und sicher beherrschte Sprache." (berliner-zeitung.de)

Siehe hierzu auch den Abschnitt über den Verfall der deutschen Sprache auf meiner Internetseite https://hwolff.de/Sonstiges.

Eine aktuelle Studie der "SPLENDID RESEARCH" zeigt: Drei von zehn Deutschen meiden bewusst Marken, die in ihrer Kommunikation gendern. Rund 37 Prozent bevorzugen gezielt Unternehmen ohne Gender-Sprache, ein weiteres Drittel schaltet Fernsehsendungen ab, sobald gegendert wird, und über 50 Prozent lehnen Apps oder Newsletter mit konsequenter Gender-Sprache ab.

Diese Ablehnung zieht sich durch alle Alters- und Bevölkerungsgruppen – ob jung oder alt, Stadt oder Land. Viele empfinden Gender-Formen als kompliziert oder politisch aufgeladen und bevorzugen klare, traditionelle Ansprache. Wer also flüssig lesen möchte, fühlt sich von klassischen Formulierungen eher angesprochen.

Wenn die Menschen ihre Marktmacht einsetzen, können sie die Gender-Sprache noch zurückdrängen.

Nachtrag vom 01.07.2025:

Es gibt zum Thema Gender-Sprache ein neues Buch des Sprachkritikers Matthias Heine: 'Der große Sprachumbau. Eine gesellschaftliche Katastrophe'. Langen-Müller-Verlag 2025, 236 S. Siehe dazu das Interview mit dem Autor aus der NZZ vom 01.07.2025. – Zitate:

Heute wird ja gerne gesagt, die internationalen Konzerne hätten Angst vor Trump. Ebenso plakativ könnte man erwidern, dass die ganzen Diversity-Kampagnen und Gender-Offensiven auch aus Angst lanciert worden seien, um den Mächtigen zu gefallen, die vorher im Amt gewesen seien.

Aber die Ideologie, die der Gendersprache zugrundeliegt, wirkt weiter. Viele sind enttäuscht, dass die Merz-Regierung unter dem Druck der SPD an vielen Dingen festhält, welche die Grünen angeschoben haben, an Queer-Beauftragten und der staatlichen Förderung von NGO, die den Sprachumbau vorantreiben. ⁵¹ Der öffentlich-rechtliche Rundfunk gendert unbeirrt weiter. Obwohl es wahrscheinlich wenig gibt, was mehr zu seiner Delegitimierung beigetragen hat.

Nachtrag vom 02.07.2025:

In Köln hat die **Sprachpolizei** zugeschlagen und das Wort "Spielplatz" verbannt, weil es nicht inklusiv und divers genug sei. Dort sollen jetzt für viel Geld alle Spielplatz-Schilder durch die Beschilderung "Spiel- und Aktionsfläche" ersetzt werden. Besonders stolz ist man dabei, dass die Abbildung der Zielgruppe "es absichtlich vermeidet, Rückschlüsse auf das Alter, den kulturellen Hintergrund, die Nationalität oder eventuelle Beeinträchtigungen der dargestellten Personen zuzulassen." – Ideologischer Irrsinn bei einer Verschuldung Kölns von 5,9 Mrd. €.

-

⁵¹ Siehe auch den Kommentar ,Wer Kulturkämpfe ignoriert, verliert sie. Der Streit um Frauke Brosius-Gersdorf muss der CDU und CSU eine Lehre sein' aus der NZZ vom 14.07.2025.

Kommentar vom 15.06.2025, überarbeitet am 25.06.2025:

Wie geht es weiter mit der schwarz-roten Bundesregierung?

Hier einige mögliche Szenarien mit den von mir geschätzten Eintrittswahrscheinlichkeiten:

Szenario 1: CDU/CSU und SPD raufen sich zusammen und erreichen strukturelle Reformen bei Migration, Sozialausgaben, Rente, Steuern und Subventionen sowie einen substantiellen Abbau der Bürokratie. Die Wirtschaft wächst.

Wahrscheinlichkeit: **5%**

Szenario 2: CDU/CSU und SPD zerstreiten sich aufgrund der unterschiedlichen Positionen zu Migration, Sozialausgaben, Rente, Steuern und Subventionen sowie Bürokratieabbau. Die Koalition bricht auseinander und es kommt zu vorgezogenen Neuwahlen, bei denen die AfD stärkste Partei wird.

Wahrscheinlichkeit: **15%**

Szenario 3: Wie bei der Merkel-GroKo bestimmt vorrangig die SPD die Politik und die CDU/CSU verschafft ihr die notwendigen Mehrheiten. ⁵¹ Die CDU/CSU fällt in Wahlumfragen hinter die AfD zurück. ⁵² Wahrscheinlichkeit: **30%**

Szenario 4: Es kommt zu einer "Koalition des Stillstands". Die notwendigen Strukturreformen und der Bürokratieabbau bleiben im Ansatz stecken. Die Probleme werden bis zur nächsten Bundestagswahl wie bei der Ampel-Regierung nach bester SPD-Manier mit viel Schuldengeld "zugeschissen",⁵³ das man sich ja schon vor den Koalitionsverhandlungen durch Ausnahmen der Schuldenbremse und neues Sondervermögen beschafft hat.⁵⁴ Wahrscheinlichkeit: **50%**

Kommentar vom 18.06.2025:

Macht die europäische Appeasement-Politik Sinn? (Teil 1)

Wenn irgendwo auf der Welt ein Krieg ausbricht, verfallen die deutschen und europäischen Politiker immer in dasselbe Muster: Sie rufen zur Deeskalation auf, zu Gesprächen, zu einer Waffenruhe, zu Verhandlungen, zu einem Waffenstillstand. Dabei verstehen sie die Logik des Krieges nicht:

Ein Krieg verursacht enorme Kosten, sowohl finanziell als auch an Menschenleben. Das sieht man zuletzt auch am Krieg zwischen **Israel** und dem **Iran**. Diese Kriegskosten lassen sich nur rechtfertigen, wenn die Kriegsziele erreicht werden. Israel hat im Iran drei Kriegsziele:

Seit der Bundestagswahl am 23.02.2025 haben laut aktuellen Wahlumfragen CDU/CSU 0,5 und SPD 1,4 Prozentpunkte verloren, und damit auch die rechnerische Mehrheit der Mandate im Bundestag, während die AfD trotz der Einstufung als rechtsextremistisch 2,4 Prozentpunkte hinzugewonnen hat.

Frei nach Mario Adorf: "Ich scheiß Euch mit meinem Geld zu!" (aus "Kir Royal", 1986).

⁵⁴ Siehe auch die Kommentare ,Deutschland ist ein gefesselter Riese. Doch die neue Regierung befreit ihn nicht' aus der NZZ vom 13.06.2025 und ,Bundeshaushalt: Merz verrät seine Grundsätze' aus der NZZ vom 24.06.2025.

- 1. Die Zerstörung der iranischen Atomanlagen, sodass der Iran für viele Jahre nicht in der Lage ist, Atomwaffen herzustellen.
- 2. Die Zerstörung der iranischen Waffenproduktion, sodass der Iran für viele Jahre nicht in der Lage ist, Terrororganisationen wie Hamas, Hisbollah und Huthis mit Waffen zu versorgen.
- 3. Die Schwächung des iranischen Mullah-Regimes, sodass das iranische Volk in die Lage versetzt wird, es zu stürzen.

Israel braucht hierfür die Unterstützung der USA, für Ziel 1 durch den Einsatz bunkerbrechender Bomben und für Ziel 3 durch die Freigabe der Tötung Ajatollah Chameneis, braucht insofern eine Eskalation. ⁵⁵

Die europäischen Appelle zur Deeskalation hingegen sind völlig **nutzlos** und sogar **kontrapro- duktiv**. ⁵⁶

Nachtrag vom 24.06.2025:

Die USA haben in der Nacht vom 21. auf den 22. Juni iranische Nuklearanlagen mit bunkerbrechenden Bomben angegriffen. Daraufhin hat der Iran amerikanische Militärbasen in Katar und Irak mit ballistischen Raketen angegriffen. – Das war's. Seit heute morgen herrscht ein von Trump vermittelter Waffenstillstand zwischen Iran und Israel.⁵⁷

Alles wäre gut, hätte der deutsche Außenminister Wadephul (*What-a-fool*) nicht am Sonntag sein "Bedauern über den amerikanischen Angriff" geäußert. Jetzt steht Deutschland wieder als **oberlehrerhafte Weichei-Republik** da.

Kommentar vom 29.06.2025:

Macht die europäische Appeasement-Politik Sinn? (Teil 2)

In Teil 1 war die Bewertung klar: Wenn Israel den Krieg gegen den Iran erfolgreich beendet und alle Kriegsziele erreicht, wird der Frieden in der Region sicherer. Appelle, die Kriegshandlungen vorher zu beenden, waren deshalb kontraproduktiv.

Betrachtet man den Krieg **Israels** gegen die **Hamas** im Gaza-Streifen, so ist die Situation viel komplizierter: Die Hamas betreibt einen Guerillakrieg und versteckt sich im wörtlichen Sinn

Seite 26

⁵⁵ Siehe auch den Artikel 'Iran taumelt: Trump scheint versucht, Teherans Schwäche auszunutzen' aus der NZZ vom 18.06.2025.

Dazu Chefredaktor Eric Gujer in der NZZ vom 20.06.2025: "Die Appelle, die Waffen müssten unverzüglich schweigen, sind so hilflos wie naiv. Das islamistische Regime in Teheran hat nie ein Hehl aus seiner Absicht gemacht, den Judenstaat zu vernichten. Israel schlägt genauso unbarmherzig zurück. Es ist ein Lehrstück in Realpolitik. Jede Seite geht so weit, wie es ihre Mittel erlauben. Für Europäer ist das eine fremde Welt."

⁵⁷ Siehe dazu auch den Kommentar von Eric Gujer in der NZZ vom 27.06.2025: ,Trumps Angriff ist eine Chance: Die neue Dynamik im Nahen Osten macht Hoffnung'

unter der Zivilbevölkerung. Deshalb sind die "Kollateralschäden" viel größer und die Kriegsziele, die Befreiung der Geiseln und die Zerschlagung der Hamas, viel schwerer zu erreichen.

Die europäische Appeasement-Politik und die Kritik wegen der Lage der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen sind aber auch hier **nicht zielführend**. Man muss verstehen, dass Netanjahu seine Kriegsziele nicht aufgeben kann, ohne damit seine eigene Regierung zu stürzen. Ein Fortbestand der Hamas wäre ein permanentes Risiko für die Sicherheit Israels.

Im Grunde bleibt Israel nichts anderes übrig, als den Gaza-Streifen vollständig zu besetzen. Wenn es den Palästinensern unter der israelischen Besatzung besser geht als unter der Hamas-Herrschaft, setzt vielleicht langsam ein Umdenken ein. Aber das bleibt wahrscheinlich Wunschdenken, denn es stehen sich die Anhänger zweier archaischer Religionen gegenüber, für die der Grundsatz "Auge um Auge, Zahn um Zahn" gilt. 58

Kommentar vom 05.07.2025:

Macht die europäische Appeasement-Politik Sinn? (Teil 3)

Im **Ukraine-Krieg** steht Europa eindeutig auf der Seite der Ukraine und unterstützt sie auch mit Waffen und Geld, drängt aber gleichzeitig auf Waffenstillstandsverhandlungen mit **Russland**. Aber auch hier sollte klar sein, dass Putin daran kein Interesse hat. Nach den enormen Verlusten an Menschen und Material kann er den Krieg nicht beenden, ohne seine wichtigsten Kriegsziele erreicht zu haben.

Putins Kriegsziel, die komplette Ukraine zu unterwerfen, kann er aber nicht erreichen. Auch kann die Ukraine ihr Ziel, alle von Russland besetzten Gebiete zurückzuerobern, nicht erreichen. Zu einem Ende des Krieges wird es nur kommen, wenn keine Seite mehr ihren Kriegszielen näher kommt. Da Russland aber immer noch Gebietsgewinne erzielt, muss es durch weitere umfangreiche Waffenlieferungen des Westens, hier insbesondere auch weitreichende Waffen, ⁵⁹ geschwächt werden, um für Friedensverhandlungen bereit zu sein.

Der große Fehler Europas und insbesondere Deutschlands war, zu lange zu zögern und die Ukraine nicht von Anfang an mit allen verfügbaren Waffen auszurüsten. Also war auch hier die europäische Appeasement-Politik von Anfang an **kontraproduktiv** und hat im Endeffekt sogar viele **Menschenleben gekostet**. ⁶⁰ Sie ist darüber hinaus ein Zeichen der **Schwäche** Europas.

⁵⁸ Siehe auch meinen Kommentar "Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Schlachter selber" vom 10.04.2024.

⁵⁹ Der Westen unterstützt die Ukraine bei Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie, die in Zukunft auch weitreichende Waffen herstellen soll. Eine direkte Lieferung aus dem Westen wäre allerdings schneller wirksam.

⁶⁰ Siehe auch meinen Kommentar ,Olaf Scholz und die SPD stärken Putin den Rücken' vom 09.02. 2025.

Kommentar vom 11.07.2025:

Wirtschaftswachstum? – Qualität vor Quantität!

Aufgrund des demografischen Wandels und des daraus resultierenden Fachkräfte- bzw. allgemein Arbeitskräftemangels ist quantitatives Wachstum in Deutschland schwierig. Dazu müssten die Lebensarbeitszeiten deutlich erhöht werden. Die junge Generation wünscht sich aber genau das Gegenteil (Stichwort: *Work-Life-Balance*). Außerdem sind in Deutschland die Arbeitskosten aufgrund hoher Steuern und Abgaben zu hoch.

Masseneinwanderung ist keine Lösung. Sie führt zu einem Verlust der nationalen Identität, was Sprengstoff für die Gesellschaft ist. Außerdem steigt dadurch der Wohlstand pro Kopf nicht, sondern fällt (siehe Thilo Sarrazin: Deutschland auf der schiefen Bahn, Kap. 6, Abschn. Wohlstand).

Ich plädiere deshalb dafür, dass die deutsche Wirtschaft sich "gesundschrumpft", soll heißen, sich auf die Produktion qualitativ hochwertiger Güter mit hohen Gewinnmargen konzentriert. Für viele mittelständische Unternehmen, die zum Teil auf ihrem Gebiet Weltmarktführer sind, hat sich dieses Geschäftsmodell schon lange bewährt. Die Produktion von Massengütern, soweit sich diese nicht weitgehend automatisieren lässt, sollte anderen überlassen werden.⁶¹

Im Idealfall fällt zwar der Umsatz, aber der Gewinn steigt, was auch zu einem höheren Wohlstand pro Kopf führen sollte.

Um die Versorgung Deutschlands mit Massenprodukten sicherzustellen, wären allerdings sicher funktionierende internationale Lieferketten erforderlich. In der aktuellen Situation ist diese Sicherheit nur innerhalb der EU gewährleistet.

Kommentar vom 18.07.2025:

Warum unterstützt die CDU-Führung linke Verfassungsrichter?

Die Linken der 68er haben den "Marsch durch die Institutionen" begonnen und jetzt hat dieser "Marsch" auch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) erreicht. Die SPD hat zwei Kandidatinnen für den Zweiten Senat vorgeschlagen, deren Haltung und Engagement als eindeutig links beschrieben werden müssen. Die CDU-Führung wollte diese beiden linken SPD-Kandidatinnen lautlos durchwinken. Das ist gründlich misslungen, da es von der Basis großen Widerstand gab, der kurzfristig zu einer Verschiebung der Richterwahl geführt hat. 62

⁶¹ Auch der Chef des Automobil-Zulieferers Knorr-Bremse, Marc Llistosella, glaubt, dass Deutschland zu viel darauf verwende, die Produktion von Autos und Stahl zu behalten. Es sei produktiver, sich von nun an auf Spitzen- und Hochtechnologie zu konzentrieren als an alten Strukturen festzuhalten. (Business Insider Deutschland, 14.07.2025)

Was sind nun die Motive der CDU-Führung für diesen Verrat an konservativen Werten? Vordergründig geht es um den Koalitionsfrieden. Um Kanzler zu werden und zu bleiben, hat Friedrich Merz schon viele seiner Wahlversprechen gebrochen und der SPD nachgegeben. Ich bin davon überzeugt, dass darüber hinaus noch ein weiteres Kalkül dahinter steckt.

Es ist bekannt, dass beide Kandidatinnen sich einem Verbot der AfD nicht entgegenstellen würden, wenn der dafür zuständige Zweite Senat darüber entscheiden müsste. Die Vermutung liegt nahe, dass mit der neuen Besetzung des Zweiten Senats sichergestellt werden soll, dass ein einmal beantragtes AfD-Verbot dann auch durchkommt. Das wäre auch im Sinne der CDU/CSU, die so ihren größten Rivalen loswerden könnte.⁶³

Schon durch die Nominierung der zwei linken Kandidatinnen wird das Vertrauen in das BVerfG und in den Staat als Ganzes beschädigt. Sollten sie tatsächlich gewählt werden, würde aus der neutralen obersten Instanz des Staates ein politisch gesteuertes Machtinstrument werden. Das verbreitete Misstrauen in den Staat würde so zementiert.⁶⁴

Kommentar vom 25.07.2025:

Eine harte Migrationspolitik schützt gut integrierte Einwanderer

In Deutschland gibt es gut integrierte Einwanderer, die die deutsche Sprache sprechen, die Werte des Grundgesetzes und der deutschen "Leitkultur" akzeptieren und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Darunter sind nicht wenige Leistungsträger, die Deutschland dringend benötigt, z.B. als Ärzte, Informatiker und Ingenieure. Umfragen zeigen, dass davon etwa ein Viertel mit dem Gedanken spielt, aus Deutschland wegzuziehen. ⁶⁵ Grund dafür ist neben den hohen Steuern und Abgaben sowie der ausufernden Bürokratie die zunehmende Ausländerfeindlichkeit.

Die Ursache dafür sind die vielen Migranten, die unkontrolliert in die deutschen Sozialsysteme eingewandert sind, sich nicht um Integration und Arbeit bemühen und ihre fremde Kultur, besonders die archaische Kultur des Islam, in Deutschland ausleben wollen. Mit diesen Migranten werden Gewalt, Kriminalität, Antisemitismus und Frauenfeindlichkeit nach

Dr. H. Wolff

⁶² Siehe den Kommentar ,Wer Kulturkämpfe ignoriert, verliert sie. Der Streit um Frauke Brosius-Gersdorf muss der CDU und CSU eine Lehre sein' aus der NZZ vom 14.07.2025.

Laut aktueller Wahlumfragen hat die CDU/CSU gegenüber dem Bundestagswahlergebnis 1,7 Prozentpunkte verloren und die SPD sogar 2,6 Prozentpunkte, während die AfD trotz der Einstufung als rechtsextremistisch durch den Verfassungsschutz 3,6 Prozentpunkte hinzugewonnen hat. Laut Forsa stehen CDU/CSU und AfD jetzt gleichauf bei 25 Prozent (Stand: 22.07.2025).

Siehe auch meinen Kommentar ,Nancy Faesers letzter Coup' vom 02.05.2025.

⁶⁴ Siehe auch den Kommentar von Chefredaktor Eric Gujer aus der NZZ vom 18.07.2025: ,Deutschlands betreute Demokratie: Wie Politik, Polizei und Geheimdienst die Bürger an der Hand nehmen'

⁶⁵ Siehe z.B. Focus online vom 11.06.2025: ,Ein Viertel der Migranten denkt übers Auswandern nach – das sind die Gründe'

Deutschland importiert.⁶⁶ Die zweifellos gerechtfertigte Ablehnung dieser Migranten bekommen aber auch die gut integrierten zu spüren.

Nur mit einer harten Migrationspolitik, die die illegale Migration unterbindet, und die Abschiebung gewalttätiger, krimineller und nicht integrationswilliger Migranten durchsetzt, kann die Stimmung gegenüber den erwünschten Einwanderern verbessert werden. Ohne eine klare Trennung von illegaler Migration und erwünschter Einwanderung geht es nicht. *Migration ist keine Naturgewalt, der man einfach ausgeliefert ist.* 67

Nachtrag vom 06.09.2025:

Die große Zahl von Migranten aus islamischen Ländern verschärft ein Problem, das Thilo Sarrazin schon 2010 in seinem Bestseller 'Deutschland schafft sich ab' (siehe Literaturempfehlungen) beschrieben hat, das aber auch heute immer noch nicht ernst genug genommen wird: Die schleichende Unterwanderung der Gesellschaft durch den Islamismus.⁶⁸

Kommentar vom 01.08.2025:

Sind Löhne und Gehälter in Deutschland zu hoch oder zu niedrig?

Die Antwort vorweg: Beides trifft zu, **brutto zu hoch, netto zu niedrig**. Anders gesagt: Die Steuer- und Abgabenlast ist zu hoch. Das Problem: Die Brutto-Lohnkosten treiben die Preise in die Höhe, die mit den Netto-Löhnen bezahlt werden müssen. Unter den hohen Steuern und Abgaben leidet auch die deutsche Wettbewerbsfähigkeit als Exportnation. ⁶⁹

Es ist nicht die **Aufgabe des Staates**, seinen Bürgern ein "Rundum-Sorglos-Paket" zur Verfügung zu stellen. Der Staat muss sich auf seine Grundaufgaben konzentrieren: Innere und äußere Sicherheit, Recht und Ordnung, Infrastruktur, Bildung. Die Staatsquote muss von derzeit 50% auf unter 45% reduziert werden (BRD 1990: 43,6%).⁷⁰ Dabei muss das Personal für die genannten Grundaufgaben sogar noch aufgestockt werden. Aus vielen anderen Bereichen muss sich der Staat aber zurückziehen. Grundsätzlich muss die Entscheidungsfreiheit

Siehe den Kommentar "Der Westen muss verstehen, dass er Gegner hat" aus der NZZ vom 12.06. 2025 sowie den Artikel "Mythen, mit denen Medien und Experten Kriminalität von Migranten verschleiern" aus der NZZ vom 12.05.2025.

⁶⁷ Siehe das Interview mit vor dem Islam aus Somalia geflüchteten Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali aus der NZZ vom 09.06.2025.

⁶⁸ Siehe den Gastkommentar 'Auf leisen Sohlen radikal – der Islamismus arbeitet daran, Europa zu unterwerfen' aus der NZZ vom 06.09.2025 sowie meinen Kommentar 'Parallelgesellschaften müssen unter Kontrolle gebracht werden' vom 27.01.2025.

⁶⁹ Laut Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) lagen die Lohnstückkosten im vergangenen Jahr um 22% höher als der Schnitt von 27 untersuchten Industriestaaten.

⁷⁰ Siehe auch meine Kommentare 'Der Sozialstaat muss verschlankt werden' vom 03.03.2025 und 'Deutschland ist kein reiches Land' vom 12.04.2025.

und Eigenverantwortung der Bürger gestärkt und die staatliche Einmischung abgebaut werden.

Bürokratie: Notwendig ist ein substanzieller Abbau der Bürokratie. Ein erheblicher Teil der überbordenden Bürokratie wird von der EU verursacht.⁷¹ Deshalb muss Deutschland auf einen massiven Abbau der EU-Bürokratie drängen und auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, das die Mitgliedsstaaten nur dann zur Abgabe von Kompetenzen an die EU verpflichtet, wenn dies für die betreffenden Aufgaben zwingend notwendig ist.

Sicherheit: Hier muss der Staat sehr viel konsequenter und schneller reagieren. Dazu müssen die Kapazitäten von Polizei und Justiz aufgestockt werden. Die Strafverfolgung darf nicht durch übertriebenen Datenschutz behindert werden. Das Thema Ausländerkriminalität darf nicht länger ein Tabu sein und muss an der Wurzel angepackt werden.⁷²

Bildung: Redundanzen aufgrund der Länderverantwortung für die Bildung müssen abgebaut werden. Auch braucht es einheitliche Regelungen und Bewertungsmaßstäbe. Das Bildungsniveau muss deutlich gesteigert werden. Mehr zu diesem Thema im nächsten Kommentar.

Kommentar vom 08.08.2025:

Ist das deutsche Bildungssystem noch zu retten?

Der Zustand des deutschen Bildungssystems ist katastrophal und gefährdet den Wohlstand. Zum einen wird das Bildungssystem durch einen zu großen Anteil von Schülern ohne ausreichende deutsche Sprachkenntnisse belastet,⁷³ zum anderen durch ideologische Verirrungen.

Der Staat muss allen angemessene Bildungschancen bieten. Dazu müssen aber die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sein. Niemand, der kein Deutsch versteht und spricht, darf eine Regelschule besuchen, und niemand, der nicht richtig lesen, schreiben und rechnen kann, darf eine weiterführende Schule besuchen. Wer die anderen am Lernfortschritt hindert, muss gehen. Ich halte das Konzept der Sonderschulen und Förderklassen gegenüber dem von Integration und Inklusion für weit überlegen. Es ist sowohl effektiver als auch gerechter.⁷⁴

Dr. H. Wolff

Für Details siehe die ausführliche Datenanalyse aus der NZZ vom 02.08.2025: "Die deutsche Regulierungswut kostet Milliarden – das sind die zehn teuersten Gesetze". Und mit dem "Tariftreuegesetz" wird, statt Bürokratie abzubauen, ein neues, teures Bürokratiemonster geschaffen, siehe den Kommentar aus der NZZ vom 06.08.2025: "Staatliche Lohnvorgaben hebeln die Marktwirtschaft aus. Das Tariftreuegesetz wird die Steuerzahler viel Geld kosten".

⁷² Siehe auch meine Kommentare ,Parallelgesellschaften müssen unter Kontrolle gebracht werden' vom 27.01.2025 und ,Eine harte Migrationspolitik schützt gut integrierte Einwanderer' vom 25.07.2025.

⁷³ Siehe auch den Artikel ,Die Folgen der unkontrollierten Zuwanderung machen Deutschlands Schulen zu schaffen' aus der NZZ vom 26.07.2025.

Das deutsche Bildungssystem beeinträchtigt durch Integration und Inklusion die Bildungschancen begabter Schüler. Chancengleichheit bedeutet nicht, alle auf ein gleiches, niedriges Niveau zu bringen, ganz im Gegenteil. Gesamtgesellschaftlich besteht kein Nutzen darin, dass möglichst viele Arbeiterkinder das Gymnasium besuchen und studieren, denn es werden neben Akademikern und Fachkräften auch Arbeitskräfte für einfache Tätigkeiten benötigt. Falsch wäre nur, dumme, faule Akademikerkinder gegenüber begabten, fleißigen Arbeiterkindern zu bevorzugen. Letztere sollten deshalb Begabtenstipendien erhalten.

Der Staat muss seine Mittel möglichst effizient einsetzen, also diejenigen besonders fördern, bei denen mit dem geringsten Einsatz die größten Erfolge zu erzielen sind. Das ist das genaue Gegenteil der heutigen Bildungspolitik, die mit dem größten Einsatz diejenigen fördert, die die schlechtesten Voraussetzungen mitbringen.

Kommentar vom 15.08.2025:

Was hält die deutsche Gesellschaft noch zusammen?

Typisch deutsche Tugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit und Sparsamkeit verlieren immer mehr an Bedeutung. Für Jugendliche zählen stattdessen *Work-Life-Balance* und *Likes* und *Follower* in den "sozialen" Medien. Auch die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt so wichtigen kulturellen Gemeinsamkeiten sind zumindest in den Städten aufgrund der vielen kulturfremden Zuwanderer nicht mehr gegeben.

Welche Gemeinsamkeit gibt es in Deutschland noch zwischen Linken und Rechten, Jungen und Alten, Stadt und Land?⁷⁶ – Es ist der Neid. Die deutsche Gesellschaft ist eine Neidgesellschaft. Neid und Missgunst waren schon die Basis der Nazi-Herrschaft und sind auch heute noch bestimmend.⁷⁷

Während z.B. in den USA der Nachbar, der einen besseren Job hat, ein schöneres Haus und eine schnelleres Auto besitzt, dafür Anerkennung findet, schlagen ihm in Deutschland Neid und Missgunst entgegen. Wer in den USA reich ist, darf seinen Reichtum zeigen, wer in Deutschland reich ist, muss seinen Reichtum verstecken.⁷⁸

⁷⁴ Wenn Ideologen Behinderte zu Behindernden machen, hat das nichts mit Gerechtigkeit zu tun.

⁷⁵ Siehe auch den Kommentar ,Mehr Ungleichheit, bitte!' aus der NZZ vom 04.09.2025.

⁷⁶ Siehe auch meinen Kommentar ,Alte Fronten, neue Fronten' vom 06.12.2023.

⁷⁷ Siehe meine Kommentare ,Trigger-Warnung: Nazi-Vergleich' vom 06.09.2023 und ,"Leitkultur" vs. "Neidkultur" vom 13.05.2024 sowie die Zitate in meinem Kommentar ,Linkspartei und Jungsozialisten sind Verfassungsfeinde' vom 25.05.2025.

⁷⁸ Wissenschaftliche Studien bestätigen, dass im internationalen Vergleich der Sozialneid in den USA und Großbritannien deutlich geringer ausgeprägt ist als in Deutschland und Frankreich (siehe z.B. WELT: Die Deutschen haben ein Problem mit ihren Reichen).

Neid und Missgunst sind zwar eine Gemeinsamkeit, tragen aber nicht zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, im Gegenteil. Was bleibt dann? – Die "German Angst". Angst schweißt zusammen. – Armes Deutschland!

Kommentar vom 22.08.2025:

Ein Lösungsvorschlag für das Müllproblem

Die Flut von Müll wird zu einem immer größeren Problem. Die EU setzt dabei auf Verbote, insbesondere bzgl. Plastikmüll.⁷⁹ Plastikverpackungen sind allerdings sehr praktisch, da sie wenig wiegen, luft- und wasserdicht sind und darüber hinaus kostengünstig. Da es für Verbote Ausnahmeregeln und Kontrollen braucht, schafft die EU damit neue Bürokratiemonster.⁸⁰

Deshalb wäre es richtig, sich auf die Entsorgung zu konzentrieren. Der erste Schritt dabei ist die Mülltrennung. Hier ist Deutschland führend. Der zweite Schritt ist das Recycling. Hier liegt das Problem darin, dass lange nicht alle gesammelten Wertstoffe recycelt werden (können). Der Rest wandert, soweit er nicht ins Ausland verfrachtet wird, zusammen mit dem Restmüll in die Müllverbrennung. Hier ist es entscheidend, die Schadstoffe aus den Verbrennungsabgasen herausfiltern. Die Technik hierfür ist ausgereift. Damit verbleibt das Restproblem des ausgestoßenen CO₂.

Es gibt bereits technische Lösungen zur Abscheidung von CO₂ aus den Abgasen. Die bei der Müllverbrennung freigesetzte Wärme wird zur Stromerzeugung verwendet. Mit dem Strom kann auch Wasser elektrolysiert werden, um Wasserstoff zu gewinnen, der wiederum zusammen mit dem CO₂ unter Zuführung von Wärmeenergie aus der Müllverbrennung unter Druck katalytisch zu Kohlenwasserstoffen verschmolzen wird, die dann zu **E-Fuels** (klimaneutrales Benzin, Diesel oder Kerosin) weiterverarbeitet werden. ⁸¹

Ob das System vollkommen autark arbeiten kann – **Müllwagen rein, Tankwagen raus** –, hängt von der Energie- und Stoffbilanz ab. Möglicherweise kann nicht alles CO₂ in E-Fuels umgewandelt werden, aber ein nennenswerter Anteil wäre ja auch schon ein Erfolg.⁸²

Dr. H. Wolff

⁷⁹ Siehe z.B. Tagesschau vom **24**.04.20**25**.

Die Regelungswut der EU geht dabei bis ins Lächerliche, indem sie z.B. vorschreibt, dass die Deckel von Plastikflaschen fest damit verbunden werden müssen: ein verschwindend geringer Nutzen für die Umwelt und eine ärgerliche Umständlichkeit für die Nutzer der Flaschen. – Typisch EU.

⁸¹ Zusätzlich werden bereits Verfahren entwickelt, Plastikabfälle direkt in E-Fuels umzuwandeln, siehe z.B. das Pilotprojekt der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg-Bergedorf.

⁸² Siehe auch den Artikel ,Warum E-Fuels beim Klimaschutz gebraucht werden'.

Kommentar vom 29.08.2025:

Über das Schuldenpaket der Bundesregierung

Die deutsche Wirtschaft stagniert weiter. Die Hoffnung auf einen Aufschwung basiert auf dem Schuldenpaket der Bundesregierung für Infrastruktur und Verteidigung. Diese Hoffnung ist berechtigt, wenn auch es durch die erhöhten US-Zölle eine gegenläufige Tendenz gibt.

Das größere Problem ist aber folgendes: Es handelt sich hierbei um **keine produktiven Investitionen**. Weder die höheren Ausgaben für die Verteidigung noch für die Erneuerung der maroden Infrastruktur schaffen zusätzliches produktives Sachvermögen. Das Schuldenpaket erzeugt deshalb nur ein **Strohfeuer**, bis es aufgebraucht ist, führt aber nicht zu einer nachhaltigen Stärkung der deutschen Wirtschaft. Dazu bräuchte es grundlegende **Strukturreformen**:

- Einen substantiellen Abbau der Bürokratie, auch auf der Ebene der EU
- Eine deutliche Senkung der Energiekosten, 83 der Lohnnebenkosten und diverser Steuern
- Einen weitgehenden Abbau von Subventionen aller Art
- Eine grundlegende Reform des Sozialstaates mit erheblichen Kostensenkungen⁸⁴

Die bisherige Bilanz der schwarz-roten Regierung mit der SPD als Reformbremse macht diesbezüglich wenig Hoffnung, und die zusätzlichen Schulden engen die Spielräume des Staates weiter ein.⁸⁵

Nachtrag vom 16.09.2025:

Es ist noch schlimmer: Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) kommt zu dem Schluss: "Mit dem Sondervermögen Infrastruktur wollte die schwarz-rote Koalition eigentlich den Investitionsstau im Land auflösen. Tatsächlich nutzt sie die Mittel auch, um Löcher im Haushalt zu stopfen." Auch die Deutsche Bundesbank kritisiert, dass mit diesen Krediten "bestehende Haushaltslücken gestopft oder Projekte jenseits von Verteidigung oder Infrastruktur finanziert" werden.⁸⁶

⁸³ Siehe den Artikel ,Neue Studie: Die Energiewende kostet Deutschland 5 Billionen Euro – die Wirtschaft fordert einen Kurswechsel in der Energiepolitik' aus der NZZ vom 03.09.2025.

⁸⁴ Siehe auch meinen Kommentar 'Der Sozialstaat muss verschlankt werden' vom 03.03.2025 sowie die Kommentare 'Deutschland muss seinen Sozialstaat schrumpfen, damit die Wirtschaft wieder wachsen kann' aus der NZZ vom 03.09.2025 und 'Bei 502 Leistungen war Schluss: Ökonomen scheitern an einer Inventur des deutschen Sozialstaats' aus der NZZ vom 17.10.2025.

⁸⁵ Siehe auch den Artikel ,Um Deutschlands Wirtschaft ist es schlechter bestellt als gedacht. Bleibt der erhoffte Aufschwung aus?' aus der NZZ vom 24.08.2025 sowie den Kommentar des Chefredaktors Eric Gujer ,Die Politik versagt und der Staat ist überfordert. Deutschland hat ein echtes Problem' aus der NZZ vom 29.08.2025.

Siehe den Artikel 'Tricksereien mit Steuergeld: Das deutsche Schuldenpaket droht zur Mogelpackung zu werden' aus der NZZ vom 16.09.2025 sowie den Kommentar 'Deutschland ist auf dem Weg zum finanzpolitischen Schwellenland' aus der NZZ vom 16.10.2025.

Kommentar vom 06.09.2025:

Donald Trump kümmert sich um Duschköpfe

Vor einiger Zeit hat Donald Trump sich darüber beschwert, dass es ewig dauert, bis seine Haare unter der Dusche nass werden, und die Sparvorschriften für Duschköpfe etc. abgeschafft.⁸⁷ Hat ein US-Präsident nichts Besseres zu tun, als sich um Duschköpfe zu kümmern?

Egal, er hat damit in ein Wespennest gestochen, das voll ist von unsinnigen Öko-Vorschriften und empfohlenen "Sparmaßnahmen". Sparvorrichtungen an Duschköpfen und Wasserhähnen, die die Durchlaufmenge künstlich begrenzen, sind nur ein Beispiel von vielen für die völlig wirkungslose, mit fadenscheinigen ökologischen Argumenten begründete Bevormundung der Menschen.

Spar-Duschköpfe verlängern den Duschvorgang, ohne die für ein einwandfreies Ergebnis notwendige Wassermenge signifikant zu reduzieren. Bei Spar-Wasserhähnen ist es dasselbe. Noch klarer wird es beim Volllaufenlassen einer Badewanne oder eines Waschbeckens: Es dauert nur länger, ohne einen Tropfen Wasser zu sparen. – Wie gesagt, nur ein Beispiel von vielen. ⁸⁸ Und viele unnütze Öko-Produkte sind auch noch deutlich teurer als klassische.

Trump hat völlig recht, dass dieser Öko-Unsinn und die damit verbundene **Manipulation** und **Bevormundung** der Menschen⁸⁹ beendet werden muss.

Kommentar vom 12.09.2025:

Über das schlechte Gewissen

Die Diskussion gibt es schon lange: Hundehalter sind der festen Überzeugung, dass ihre Hunde ein schlechtes Gewissen haben, wenn sie bei etwas Verbotenem erwischt werden. Wissenschaftler interpretieren das Verhalten als reine Beschwichtigungsgesten. Hunde wissen, was verboten ist, tun es aber manchmal doch, wenn sie sich unbeobachtet glauben. Werden sie erwischt, zeigen sie das typische Verhalten, das von ihren Haltern als schlechtes Gewissen interpretiert wird. Wissenschaftler sind überzeugt, dass der Hund nur seinen Halter gnädig stimmen will, um einer Strafe zu entgehen.

⁸⁷ Siehe z.B. Tagesschau vom 10.04.2025.

Ein weiteres Beispiel sind Waschmittel, mit denen 60°-Wäsche schon bei 30° sauber werden soll. Zweifellos wird dadurch Energie zum Aufheizen des Waschwassers gespart. Ob die Wäsche dann genau so sauber wird, kann angezweifelt werden, aber das ist nicht der Punkt. Nur bei 60° werden auch die Keime und Milben abgetötet, darunter nicht. Der empfohlene ökologische Effekt geht zu Lasten der Hygiene. Das wird in der Werbung natürlich nicht erwähnt.

⁸⁹ In Deutschland tun sich hierbei verschiedene, meist vom Staat geförderte NGOs wie die Deutsche Umwelthilfe besonders negativ hervor. Siehe hierzu den Kommentar ,Die Deutsche Umwelthilfe wird 50: Kein Grund zu feiern' aus der NZZ vom 26.06.2025.

Ich glaube, dass sich die Beweggründe von **Hund und Mensch** gar nicht so sehr unterscheiden. Während das Verhalten des Hundes vermenschlicht wird, wird das Verhalten des Menschen moralisch überhöht dargestellt. Während der Hund sicher keinen moralischen Grundsätzen folgt, weiß er doch, dass er etwas Verbotenes getan hat. Bei den Menschen ist es aber meist auch nicht anders. Auch die Menschen tun Verbotenes in der Hoffnung, nicht erwischt zu werden, und wenn doch, zeigen sie sich reumütig, um einer Strafe zu entgehen oder sie abzumildern.

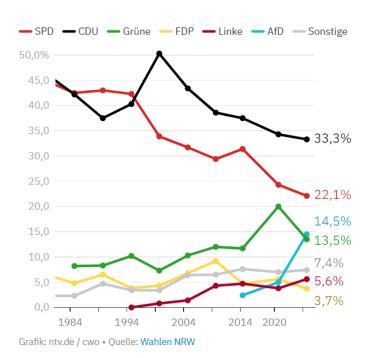
In **Politik und Gesellschaft** wird das schlechte Gewissen als Druckmittel eingesetzt, um eigene Interessen durchzusetzen. Linke versuchen, allen ein schlechtes Gewissen einzureden, die mit der AfD sympathisieren, und Grüne versuchen, allen ein schlechtes Gewissen einzureden, die gegen ihre Klimapolitik sind. Darüber hinaus setzen viele Firmen auf das schlechte Gewissen, um unnütze, teure Öko-Produkte zu verkaufen. ⁹⁰ Leider fallen immer mehr Menschen auf moralisierende Manipulationen herein. ⁹¹ Doch die Waffe der Moralisierung ⁹² nutzt sich ab, wenn die Menschen erkennen, dass sie fortlaufend gegen ihre Interessen eingesetzt wird.

Kommentar vom 16.09.2025:

Zu den Kommunalwahlen in NRW

Für die schwarz-rote Koalition im Bund ist nach den für die Regierungsparteien verheerenden Ergebnissen der Wahlumfragen auf Bundesebene⁹³ die Kommunalwahl in NRW der erste konkrete Stimmungstest. Das Ergebnis hätte für die CDU (-1,0%) und die SPD (-2,2%) schlechter ausfallen können. Trotzdem befinden sich beide "Volksparteien" in NRW seit über 25 Jahren in einem stabilen Abwärtstrend, siehe Grafik.

Für die Landespolitik in NRW mit einer Koalition aus CDU und Grünen



⁹⁰ Siehe meinen Kommentar ,Donald Trump kümmert sich um Duschköpfe' vom 06.09.2025.

⁹¹ Siehe auch meinen Kommentar ,Der Wandel von der Leistungsgesellschaft zur Moralgesellschaft' vom 29.11.2024.

⁹² Siehe den Gastkommentar ,Moralisierung gefährdet die Demokratie' aus der NZZ vom 11.10.2024.

⁹³ In den Umfragen hat die schwarz-rote Regierung schon lange die Mehrheit der Bundestagsmandate verloren und in einigen Umfragen (z.B. Forsa) liegt die AfD stabil vor der CDU/CSU.

ist der große Einbruch bei den Grünen auf 13,5% (-6,5%) positiv zu werten. Größter Gewinner ist die AfD mit 14,5% (+9,4%). Dabei muss berücksichtigt werden, dass die AfD in vielen Kommunen gar nicht angetreten ist. Wo sie angetreten ist, hat sie beachtliche Erfolge zu verbuchen, z.B. in Gelsenkirchen mit 29,9% fast gleichauf mit der SPD mit 30,4%.

Die Regierungsparteien in Berlin sehen sich durch das Ergebnis, das nicht so schlecht ist wie befürchtet, in ihrer Politik bestätigt. Unionsfraktionschef Jens Spahn bezeichnete das Wahlergebnis als "Rückenwind für die Arbeit der Bundesregierung". ⁹⁴ – Eine weitere Regierung, die nicht nur die Wähler sondern auch sich selbst belügt.

Die **CDU** hat viele ihrer Wahlversprechen gebrochen – zum Teil bereits bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD – und bisher keine der zweifellos notwendigen grundlegenden Strukturreformen auf den Weg gebracht. ⁹⁵ Das nehmen ihr die Wähler übel, ebenso das sture Festhalten an der "Brandmauer" zur AfD.

Die **SPD** hat sich von einer Arbeiterpartei zu einer Nichtarbeiter-Partei gewandelt und die Mitgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft wie noch unter Bundeskanzler Gerhard Schröder zugunsten der Verteidigung sozialer Besitzstände aufgegeben. Viele Facharbeiter fühlen sich nicht mehr von der SPD vertreten. Selbst manche Arbeitslosen erkennen, dass die SPD sie nicht wieder in Arbeit bringen wird, weil sie wirtschafts- und leistungsfeindliche Ziele verfolgt.

Kommentar vom 22.09.2025:

Angriffe auf die Meinungsfreiheit – in Deutschland wie in den USA

In den USA hat die Absetzung der Late Night Show von Jimmy Kimmel für einigen Wirbel gesorgt. Der hatte sich aus Sicht der Republikaner in Zusammenhang mit der Ermordung des rechten Influencers Charlie Kirk unangemessen geäußert. Deshalb wurde Druck auf den Sender ABC ausgeübt, die Show einzustellen. ⁹⁶

Cancel Culture statt Meinungsvielfalt auch in Deutschland: Der NDR hat sich von der konservativen Moderatorin Julia Ruhs nach nur drei Folgen ihrer Sendung "Klar" getrennt. Damit wurde eines der ganz wenigen konservativen Gegengewichte zur links-grün-woken Meinungsmache der öffentlich-rechtlichen Sender auf schäbige Weise ausgeschaltet.⁹⁷

⁹⁴ Siehe z.B. AFP, 15.09.2025: ,Bundesregierung sieht nach NRW-Wahl keinen Anlass für Kurskorrektur'.

⁹⁵ Siehe auch meinen Kommentar ,Über das Schuldenpaket der Bundesregierung' vom 29.08.2025.

⁹⁶ Nach massiven Protesten läuft mittlerweile die Jimmy Kimmel Show auf ABC wieder.

⁹⁷ Siehe auch den Kommentar ,Dieser Rundfunk kann weg: Der Fall Julia Ruhs und das Versagen der ARD' aus der NZZ vom 18.09.2025. Ruhs wurde unter anderem von ca. 250 Kollegen per Brief an die Leitung des NDR herausgemobbt. Diese "Kollegen" tolerieren offensichtlich keine abweichenden Meinungen in ihrem Sender. – Soviel zur Pressefreiheit in Deutschland.

In den USA ist die Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland ein großes Thema. Der von der Bürgermeisterwahl in Ludwigshafen ausgeschlossene AfD-Kandidat wurde sogar im Weißen Haus empfangen. Dort sieht man die Demokratie in Deutschland offensichtlich als gefährdet an. 98

Während in Deutschland noch der links-grün-woke Zeitgeist dominiert, ist in den USA das Pendel zur anderen Seite ausgeschlagen. Trump setzt die Methoden der links-grün-woken Ideologen jetzt knallhart gegen sie ein. Das ist einerseits begrüßenswert, aber andererseits auch gefährlich, denn manchmal schießt er dabei über das von ihm verkündete Ziel hinaus und bedroht selbst die Redefreiheit.⁹⁹

Das Ziel sollte eine breite Meinungsvielfalt sein, bei der alle Ansichten von links bis rechts frei und ohne Angst vor Repressionen geäußert werden können. Die Grenze der Redefreiheit sollten die Verfassung und die Strafgesetze bilden, die z.B. Aufrufe zur Gewalt verbieten. ¹⁰⁰

Kommentar vom 28.09.2025:

Wer bestimmt bei der UN?

Jeder der 193 Mitgliedsstaaten der UN verfügt in der Generalversammlung über eine Stimme (Art. 18 UN-Charta). Kriterien wie Größe, Bevölkerungszahl oder Wirtschaftskraft bleiben – anders als bei der Finanzierung der UN – unberücksichtigt. Das bedeutet, dass die große Zahl von Entwicklungs- und Schwellenländern im Endeffekt bestimmend ist. Diese wiederum unterstützen mehrheitlich die Großmächte Russland und China. Das hat z.B. auch zur Wahl des Sozialisten António Guterres zum Generalsekretär der UN geführt. ¹⁰¹

Die Dominanz der Entwicklungs- und Schwellenländer hat schon die Bemühungen zur Eindämmung der Bevölkerungsexplosion seit 1970 zunichte gemacht und dadurch viele der heutigen Probleme verursacht, siehe z.B. meine Gedanken zur Klimakrise.

In den letzten Jahren ist es vor allem China, das mittels Investitionen hauptsächlich in afrikanischen Ländern versucht, diese an sich zu binden und so noch mehr Einfluss in der UN zu gewinnen. Das kann nicht im Interesse der westlichen Welt sein.

⁹⁸ Siehe den Kommentar ,Konservative Amerikaner sind zunehmend empört über die Einschränkung der Meinungsfreiheit in Deutschland. Sie haben recht' aus der NZZ vom 16.09.2025.

⁹⁹ Siehe auch den Artikel ,Jagd auf Andersdenkende: Wie die Rechte in den USA die Fehler der Woke-Bewegung wiederholt' aus der NZZ vom 18.09.2025 und den Kommentar ,Der Ungeist der Cancel-Culture lebt weiter: Trump verrät seine eigenen Werte' aus der NZZ vom 26.09.2025.

¹⁰⁰ Siehe hierzu auch meinen Kommentar 'Linkspartei und Jungsozialisten sind Verfassungsfeinde' vom 25.05.2025 mit dem Nachtrag vom 31.07.2025.

Guterres war von 1992 bis 2002 Generalsekretär der portugiesischen Sozialistischen Partei PS und von 1999 bis 2005 Präsident der Sozialistischen Internationale. Seit 2016 ist er Generalsekretär der UN.

Die USA unter Donald Trump ziehen sich sukzessive aus verschiedenen Organisationen der UN zurück, die von den USA zu einem erheblichen Teil finanziert wurden, aber nach Auffassung der USA gegen deren Interessen arbeiten, z.B. der Weltgesundheitsorganisation WHO und der Welthandelsorganisation WTO.¹⁰²

Europa zieht dabei nicht mit und setzt weiter auf die UN und ihre Organisationen. Ob das zielführend ist, kann bezweifelt werden, denn Europa spielt in der UN keine große Rolle. Ausnahmen sind Großbritannien und Frankreich, die im UN-Sicherheitsrat ein Vetorecht haben. Allerdings blockieren sich dort die anderen drei Vetomächte USA, Russland und China oft gegenseitig. Insgesamt ist die UN ein "zahnloser Tiger" auf Abwegen.

Kommentar vom 03.10.2025:

Deutschland 2030 – eine Zukunftsvision

Die AfD hat ihren radikalen Flügel "gestutzt" und sich mit der Werteunion zur DVP Deutsche Volkspartei zusammengeschlossen. Diese ist mit Vorsprung die stärkste Kraft in Deutschland. Bundeskanzlerin Alice Weidel stellt der EU ein Ultimatum, die illegale Migration bereits an den EU-Außengrenzen zu stoppen, ansonsten stelle Deutschland die Zahlungen an die EU ein. Außerdem verlangt sie eine Neuordnung der EU als Bund unabhängiger Nationen basierend auf dem Subsidiaritätsprinzip. ¹⁰³

Der Verfassungsschutz stuft sowohl die Linkspartei als auch die Jungsozialisten und die Grüne Jugend als linksextremistische Verdachtsfälle ein. Das Bundesverfassungsgericht prüft, ob Frauenquoten und ähnliche einen Verstoß gegen Art. 3 Abs. 3 GG darstellen, da niemand wegen seines Geschlechts etc. benachteiligt oder bevorzugt werden darf.

In allen öffentlichen Bereichen, auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, wird die Verwendung von Gender-Sprache, auch des substantivierten Partizips, 105 untersagt. Dabei wird klargestellt, dass das generische Maskulinum geschlechtsneutral zu verstehen ist. Das sog. Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) wird abgeschafft und die vorherige Regelung reaktiviert. 106

¹⁰² Siehe auch den Kommentar ,Trump ist ein heilsamer Schock für die Uno – die Organisation ist verzettelt und hat ein Demokratieproblem' aus der NZZ vom 20.10.2025.

Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet, dass die Mitgliedsstaaten nur dann zur Abgabe von Kompetenzen an die EU verpflichtet sind, wenn dies für die betreffenden Aufgaben zwingend notwendig ist. Siehe auch meinen Kommentar ,Nützt oder schadet die EU Deutschland?' vom 15.11.2023.

Siehe meinen Kommentar ,Linkspartei und Jungsozialisten sind Verfassungsfeinde' vom 25.05. 2025 inkl. Nachtrag vom 31.07.2025.

 $^{^{105}}$ Siehe dazu meinen Kommentar "Gender-Sprache ist eine üble Diskriminierung" vom 08.06.2025.

Der Fall des verurteilten Neonazis Sven Liebich, der sich nach dem SBGG zur Frau umschreiben ließ, um in ein Frauengefängnis zu kommen, zeigt die Absurdität dieses Ampel-Gesetzes (siehe NZZ vom 21.08.2025). Leider hat die CDU/CSU ihr Wahlversprechen, das Gesetz umgehend abzuschaffen, gebrochen, wie viele andere Wahlversprechen auch.

Auch die Verbreitung der Gender-Ideologie in Kindergärten und Grundschulen wird bundesweit untersagt.

In der Klimapolitik erhält der Schutz vor den Folgen des Klimawandels Priorität vor dem Klimaschutz. Bei letzterem werden neben der CO₂-Einsparung auch die CO₂-Speicherung (Carbon Capture and Storage, CCS) und das Geo-Engineering (Solar Radiation Management, SRM) gefördert.¹⁰⁷ Das Verbrennerverbot der EU ab 2035 wird auf reine Verbrennungsantriebe eingeschränkt; alle Formen von Hybridantrieben, auch *Mild Hybrid*,¹⁰⁸ bleiben unbegrenzt erlaubt.

Man wird ja noch träumen dürfen.

Nachtrag vom 10.10.2025:

Man kann sich fragen: "Ja, warum muss es denn unbedingt die AfD sein?!" – Die Antwort ist: Die eingefahrene Politik der sich selbst als "demokratische Mitte" bezeichnenden Parteien braucht eine Disruption, einen Bruch, ohne den es offensichtlich nicht zu den notwendigen grundlegenden Veränderungen kommt. Außerdem ist die AfD mittlerweile die stärkste Partei Deutschlands (siehe nächster Kommentar).

Kommentar vom 12.10.2025:

Wer will die stärkste Partei Deutschlands verbieten?!

Im Durchschnitt der letzten 7 repräsentativen Umfragen zur Bundestagswahl (sog. Sonntagsfrage, Stand 12.10.2025) ist die **AfD** mit 25,5% vor der CDU/CSU mit 24,9% die **stärkste Partei**. Trotzdem – oder gerade deswegen? – gibt es weiterhin Bestrebungen, die AfD vom Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen. Einen entsprechenden Antrag kann der Bundestag, der Bundesrat oder die Bundesregierung stellen.

Die Linkspartei, die Grünen und die SPD sind für ein Verbotsverfahren. Die CDU/CSU zeigt sich skeptisch und abwartend, solange die Einstufung als "gesichert rechtsextremistisch" durch den Verfassungsschutz noch gerichtlich überprüft wird.¹⁰⁹

Aber was ist das für ein **Demokratieverständnis**, wenn "Kleinparteien" – dazu zähle ich auch die SPD mit 14,4% – die stärkste Partei im Land verbieten lassen wollen?! Sind die dummen Wähler schon wieder drauf und dran, falsch zu wählen, obwohl die "demokratischen Parteien" und die "unabhängigen Medien" ihnen doch schon seit Jahren erklären, was richtig und was falsch ist?!

¹⁰⁷ Siehe auch meine Zusammenfassung ,Neue Erkenntnisse zu den Ursachen der Erderwärmung'.

¹⁰⁸ Siehe meinen Kommentar ,Das ideale Elektroauto ist ein Benziner' vom 22.11.2023.

¹⁰⁹ Siehe auch meinen Kommentar ,Nancy Faesers letzter Coup' vom 02.05.2025.

Die Verachtung, mit der die "demokratischen Parteien" den Wählerwillen ignorieren, delegitimiert sie nicht nur, sondern spaltet und radikalisiert die Gesellschaft, mit dem Erfolg, dass die AfD immer stärker wird, aber auch die Linkspartei. Die CDU/CSU sollte ihre unselige "Brandmauer" zur AfD endlich aufgeben und umgehend Sondierungsgespräche aufnehmen, um zu prüfen, ob die dringend notwendigen und von der Mehrheit der Wähler geforderten grundlegenden Strukturreformen mit der AfD nicht eher umzusetzen sind als mit der SPD. ¹¹⁰ – **Nur so** kann die AfD aus der Opferrolle herausgebracht und auf die Probe gestellt werden.

Kommentar vom 19.10.2025:

Die Boomer haben unseren Wohlstand erwirtschaftet

Der bekannte (und berüchtigte) linke Ökonom Marcel Fratscher (Leiter des links-grünen DIW) hat einen "Boomer-Soli" vorgeschlagen, also eine Umverteilung der Einkommen von Rentnern mit hohen Bezügen auf solche mit niedrigen Bezügen.¹¹¹

Dabei sind es die Boomer, die den Wohlstand Deutschlands erarbeitet haben, und zwar gerade die, die hohe Rentenansprüche haben. Ihnen jetzt die Früchte ihrer Arbeit, auf die sie ihr ganzes Leben gewartet haben und auf die sie einen gesetzlichen Anspruch haben, kürzen zu wollen, zeugt von grenzenloser Undankbarkeit und Verachtung für die Lebensleistung der Boomer, von der die nachfolgenden Generationen heute zehren, denen es, anders als den Boomern, hauptsächlich auf ihre *Work-Life-Balance* ankommt. 112

Während die Produktivität der Erwerbstätigen in Deutschland bis 2007 stetig angestiegen ist, stagniert sie seitdem. Hauptgrund hierfür ist der starke Rückgang der Lebensarbeitszeit. Die von Fratscher beschworene Solidarität sollte deshalb darin bestehen, dass die jüngeren Generationen ihre Lebensarbeitszeit verlängern, statt sie zu verkürzen.

Komplett falsch liegt auch Arbeits- und Sozialministerin Bärbel Bas (SPD) bzgl. der "jungen Generation, der wir Stabilität geben wollen und an die wir vor allen Dingen das gute Signale für eine sichere Rente in der Zukunft aussenden". 115 Richtig und ehrlich wäre, die junge Ge-

Dr. H. Wolff

Siehe meine Kommentare 'Die Politikwende ist vorbei, bevor sie überhaupt begonnen hat' vom 22.03.2025 und "Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Merz noch Söder auf" vom 11.05. 2025, sowie die Analyse der NZZ vom 23.02.2025: 'Welche Partei passt am besten zur CDU?' Seit der Bundestagswahl, also innerhalb von 7½ Monaten, haben die Regierungsparteien CDU/CSU 3,6 und SPD 2,0 Prozentpunkte verloren und die AfD 4,7 und die Linkspartei 2,1 Prozentpunkte hinzugewonnen. – Klarer kann das Signal an die CDU/CSU eigentlich nicht sein.

Siehe Marcel Fratscher, DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), 28.07.2025: ,Der Boomer-Soli ist keine Zumutung, sondern gelebte Solidarität'

¹¹² Siehe auch meinen Kommentar ,Über Wertschöpfung und Umverteilung' vom 03.05.2023.

¹¹³ Siehe Statista, 22.05.2025: ,Produktivität der deutschen Wirtschaft stagniert'

¹¹⁴ Lebensarbeitszeit = Summe aller im Erwerbsleben geleisteten Arbeitsstunden

¹¹⁵ Siehe die Rede von Bundesministerin Bärbel Bas am 26.09.2025.

neration darauf einzuschwören, dass sie sich **nicht** auf den Staat verlassen kann und sich zu einem erheblichen Teil selbst um ihre Altersvorsorge kümmern muss.

Kommentar vom 28.10.2025:

Liberté, Égalité, Fraternité - Ojemineh!

Das Motto der französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – war schon damals ein Hohn, weil man sich die Freiheit genommen hat, Gleichheit dadurch herzustellen, dass man die Ungleichen einen Kopf kürzer gemacht hat, was nun gar nichts mit Brüderlichkeit zu tun hat.

Bis heute wird dieses Motto in Frankreich hochgehalten und bis heute hat es nichts mit der Wirklichkeit zu tun. Das liegt allein schon daran, dass Freiheit und Gleichheit sich gegenseitig ausschließen. Wenn die Menschen frei sind, entwickeln sie sich ihren Fähigkeiten entsprechend ganz unterschiedlich, was unweigerlich zu ungleichen Lebensverhältnissen führt. Ungleichheit ist nicht automatisch Ungerechtigkeit, wie die Linken immer behaupten, sondern das Ergebnis von Freiheit. Deshalb wird die Freiheit im Sozialismus zwangsläufig unterdrückt. 116

Auch mit der Brüderlichkeit ist es nicht weit her. Wissenschaftliche Studien haben ergeben, dass die französische Gesellschaft – genau wie die deutsche – eine Neidgesellschaft ist. 117 Außerdem gehören zur Brüderlichkeit auch Respekt für andere Meinungen und Kompromissbereitschaft. Genau daran fehlt es aber in Frankreich. Deshalb kommt es zu einer Regierungskrise nach der anderen. Jede Gruppe will ihre Besitzstände wahren, auch wenn das nicht finanzierbar ist. So, wie die Überschuldung der USA eine Gefahr für die Weltwirtschaft ist, ist die Überschuldung Frankreichs eine Gefahr für die europäische Wirtschaft – und damit auch für unseren Wohlstand. 118

Deshalb sind Aussagen wie "Das in der DDR war kein Sozialismus." von Heidi Reichinnek (Die Linke) realitäts- und menschenverachtende Propaganda.

¹¹⁷ Siehe z.B. WELT: Die Deutschen haben ein Problem mit ihren Reichen – Im internationalen Vergleich ist der Sozialneid in den USA und Großbritannien deutlich geringer ausgeprägt als in Frankreich und Deutschland.

¹¹⁸ Natürlich muss man auch eingestehen, dass das deutsche Motto "Einigkeit und Recht und Freiheit" nicht immer der Wirklichkeit entspricht. So hat z.B. die Einigkeit der etablierten Parteien in der Ausgrenzung der AfD und ihrer Wähler wenig mit Recht und noch weniger mit Freiheit zu tun.

Literaturempfehlungen

Einige Themen der Kommentare werden in den hier aufgeführten Büchern vertieft, die ich persönlich für sehr lesenswert halte.

Thilo Sarrazin: Der neue Tugendterror – Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland, DVA 2014, LMV 2021, 398 S.

"Wer bestimmt, was gesagt werden darf – und worüber geschwiegen werden muss? Meinungsfreiheit ist hierzulande durch das Grundgesetz garantiert. Aber wie sieht es damit im Alltag aus? Dort begegnen wir immer wieder Denk- und Redeverboten und sind recht schnell an den Grenzen des Sagbaren angelangt. Thilo Sarrazin analysiert den grassierenden Meinungskonformismus und stellt fest: Wer Dinge ausspricht oder Zusammenhänge herstellt, die nicht ins gerade vorherrschende Weltbild passen, der wird gerne als Provokateur oder Nestbeschmutzer ausgegrenzt. Mit gewohntem Scharfsinn prangert Thilo Sarrazin diesen Missstand an, zeigt auf, wo seine Ursachen liegen, und benennt die 14 vorherrschenden Denk- und Redeverbote unserer Zeit."

Thilo Sarrazin: Die Vernunft und ihre Feinde – Irrtümer und Illusionen ideologischen Denkens, LMV 2022, 391 S.

"In seinem neuen Buch bietet Thilo Sarrazin eine klarsichtige Analyse der Bedrohung unserer Demokratie durch linke und rechte Ideologien. Er analysiert die Verzerrungen und geistigen Fehlschlüsse von Denkstilen, die glaubens- oder ideologiegetrieben und nicht auf Wahrheitsfindung gerichtet sind. Die wesentlichen Ausprägungen ideologischen Denkens stellt er in ihren ideengeschichtlichen Kontext und beschreibt den Einfluss von Ideologie auf die politische und gesellschaftliche Ordnung bis in die Gegenwart und die Ampel-Regierung hinein. In der Summe weist er überzeugend nach, dass ideologisches Denken jedweder Art mit den Grundprinzipien von Rationalität und dem Geist der abendländischen Aufklärung unvereinbar ist."

Thilo Sarrazin: Deutschland auf der schiefen Bahn – Wohin steuert unser Land?, LMV 2024, 327 S.

"Deutschland, immer noch ein starkes Land in der Mitte Europas, befindet sich seit Jahren in einem relativen Niedergang:

- Die Geburtenarmut hält an, die Bildungsleistung sinkt, in der Forschung fällt Deutschland zurück, die Wachstumskräfte erlahmen, der Wohlstand steigt nicht mehr, die Infrastruktur verkommt.
- Der Sozialstaat setzt die falschen Akzente. Arbeit lohnt sich für viele nicht mehr, Millionen kulturfremder Einwanderer strömen in die sozialen Sicherungssysteme. Die Explosion der Sozialausgaben überwuchert die öffentlichen Haushalte.

■ Der Staat zeigt sich überfordert: Eine Reform der Asyl- und Migrationspolitik gelingt seit Jahren nicht. Die Bundeswehr ist blank und nicht fähig zur Landesverteidigung. Die Bürokratie nimmt immer mehr zu, die Digitalisierung stockt, das Steuersystem ist leistungsfeindlich. Eine utopische Klimawende gefährdet die Grundlagen des Wohlstands.

Thilo Sarrazin zeigt in seinem neuen Buch, wie alle diese Faktoren zusammenhängen. Er entwirrt das komplexe Gewebe, beschreibt, was sich nicht mehr ändern lässt, und zeigt auf, welchen Weg eine zukunftsgerichtete Politik gehen müsste."

Ulf Poschardt: Shitbürgertum, ulfposchbooks by Amazon 2024, 163 S.

"In diesem scharfsinnigen und provokanten Essay entlarvt Ulf Poschardt einen neuen Sozialcharakter, der unsere Gesellschaft prägt und lähmt: den "Shitbürger". Mit einer unheilvollen Mischung aus Anmaßung und Untertanengeist inszeniert sich der Shitbürger als moralisch überlegener Retter der Welt – verteidigt dabei jedoch vor allem seine eigenen Privilegien und Interessen.

Poschardt, einer der renommiertesten Journalisten Deutschlands, zeigt auf, wie der Shitbürger in den liberalen, saturierten Gesellschaften des Westens eine beispiellose "Hegemonie" errichtet hat. Diese habe nicht nur Institutionen wie Kultur, Medien und Wissenschaft durchdrungen, sondern Deutschland in eine tiefe Krise geführt – eine Krise, die nur durch radikale Selbstkritik und eine Rückbesinnung auf republikanische Tugenden überwunden werden kann."

Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab – Die Bilanz nach 15 Jahren, LMV 2025, 655 S.

"Thilo Sarrazins Thesen über Migration und deren Folgen lösten 2010 eine beispiellose Debatte aus. Die Wellen der Empörung schlugen hoch. Sarrazin wurde vom politischen Establishment zur Persona non grata erklärt. Doch 15 Jahre später zeigt sich: Er hatte recht. Die Kombination aus Geburtenrückgang, falscher Zuwanderung und fallenden Bildungsleistungen hatte sogar noch verheerendere Folgen als von ihm prognostiziert. Doch die politische Elite lehnt weiterhin jedes entschlossene Gegensteuern ab. In dieser Ausgabe hat Thilo Sarrazin *Deutschland schafft sich ab* erstmals ergänzt und kritisch kommentiert. Der Text der Originalausgabe steht weiterhin unverändert für sich, um zu konservieren, was man schon seit Jahren erkennen und vor allem hätte ändern können – wenn man nur gewollt hätte."¹¹⁹

Matthias Heine: Der große Sprachumbau – Eine gesellschaftspolitische Katastrophe, LMV 2025, 235 S.

"Die deutsche Sprache ist in nie gekanntem Maße zum politischen Kampfplatz geworden. Es geht längst nicht mehr um einzelne Wörter, es geht um die gesamte Struktur des Deutschen,

-

¹¹⁹ Siehe auch den Artikel ,Sarrazin wurde Opfer einer Hexenjagd. Doch Aschaffenburg und München zeigen: Er hatte recht' aus der NZZ vom 20.02.2025.

die Aktivisten umbauen wollen, um so die Gesellschaft in ihrem Sinne zu verändern. Die Angreifer treten wie gewohnt im Namen des Fortschritts auf – speziell eine Linke, deren Unbehagen an der deutschen Sprache, an allem Deutschen, bis zum Hass reicht. Der Journalist und Linguist Matthias Heine benennt die Akteure und beschreibt die Methoden und Motive der Sprach- und Weltveränderer. Und er legt die Verbindungen zu einer »deutschen« Linken offen, die sich als »Internationale der Diskriminierten« neu zu erfinden sucht."¹²⁰

 $^{^{120}}$ Ein schönes Zitat eines geläufigen Witzes, in dem viel Wahrheit steckt: "Der amerikanische Traum: vom Tellerwäscher zum Millionär. Der deutsche Traum: vom Tellerwäscher zum Tellerwaschenden."

Stichwortverzeichnis

AfD3.4, 6, 7, 8, 9, 17, 18, 25, 29, 36, 37, 40, 41 AfD-Verbot	Abschiebung5	E-Fuels10, 33
Altersvorsorge	AfD 3, 4, 6, 7, 8, 9, 17, 18, 25, 29, 36, 37, 40, 41	Eigentumsrecht20
Ampel (Koalition) 2, 3, 4, 7, 10, 12, 19, 39, 43 Energiekotsen	AfD-Verbot17, 29, 40	Einkommensteuer
Antisemitismus 29 Energiekrise 10 Appeasement .25, 26, 27 Energiepolitik 10, 11, 12, 19 Arbeitskosten .28 Energiewende .10 Armut .15 Enteignung .20, 21 Atomwaffen .26 EU .4, 7, 15, 28, 31, 33, 34, 39 Ausländerkriminalität .31 Expertenregierung .8 Automobilindustrie .1, 6 Fachkräftemangel .1, 22, 82 chinesische .7 Fasser, Nancy .17 Bas, Bärbel .41 Fast Fashion .14 Begabtenförderung .32 FDP .2, 4, 7 Bevormundung .35 Finanzministerium .19 Bildungspolitik .32 Frastscher, Marcel .41 Bildungspolitik .32 Frastscher, Marcel .41 Brandraburg .6 Frastscher, Marcel .41 Brandraburg .6 Frastscher, Marcel .42 Bundesrat .10, 40 Gefährder, islamistische .5	Altersvorsorge42	Elektroautos 6, 10, 19
Antisemitismus 29 Energiekrise 10 Appeasement .25, 26, 27 Energiepolitik 10, 11, 12, 19 Arbeitskosten .28 Energiewende .10 Armut .15 Enteignung .20, 21 Atomwaffen .26 EU .4, 7, 15, 28, 31, 33, 34, 39 Ausländerkriminalität .31 Expertenregierung .8 Automobilindustrie .1, 6 Fachkräftemangel .1, 22, 82 chinesische .7 Fasser, Nancy .17 Bas, Bärbel .41 Fast Fashion .14 Begabtenförderung .32 FDP .2, 4, 7 Bevormundung .35 Finanzministerium .19 Bildungspolitik .32 Frastscher, Marcel .41 Bildungspolitik .32 Frastscher, Marcel .41 Brandraburg .6 Frastscher, Marcel .41 Brandraburg .6 Frastscher, Marcel .42 Bundesrat .10, 40 Gefährder, islamistische .5	Ampel (Koalition) 2, 3, 4, 7, 10, 12, 19, 39, 43	Energiekosten 34
Arbeitskosten 28 Energiewende 10 Armut 15 Enteignung 20, 21 Atomwastieg 10, 19 Erbrecht 20 Ausländerkriminalität 31 Expertenregierung 8 Automobilindustrie 1, 6 Fachkräftemangel 1, 2, 28, 29 chinesische 7 Facskräftemangel 1, 2, 28, 29 chinesische 7 Fackkräftemangel 1, 2, 28, 29 pchinesische 7 Fasser, Nancy 17 Bas, Bärbel 41 Fast Fashion 14 Begabtenförderung 32 FDP 2, 3, 4, 7 Bevormundung 35 Finanzministerium 19 Bildungspolitik 32 Frasker, Marcel 41 Bildungssystem 31 Frauenfeindlichkeit 29 Boomer 41 Frauenfeindlichkeit 29 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gezer-Freiheit 20, 22, 42 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gezer-Strache 26, 27 SW		Energiekrise 10
Armut. 15 Enteignung. 20, 21 Atomwayffen. 26 EU. 4, 7, 15, 28, 31, 33, 34, 39 Ausländerkriminalität. 31 Expertenregierung. 8 Automobilindustrie. 1, 6 Fachkräftemangel. 1, 2, 28, 29 chinesische. 7 Faeser, Nancy. 17 Bas, Bärbel. 41 Fast Fashion. 14 Begabtenförderung. 32 FDP. 2, 3, 4, 7 Bevormundung. 35 Finanzministerium. 19 Bildungspolitik. 32 Fratscher, Marcel. 11 Bildungssystem. 31 Frauenfeindlichkeit. 29 Boomer. 41 Frauenfeindlichkeit. 29 PSW 3, 6 Freiheit. 20, 22, 42 Brandmauer. 3, 4, 8, 37 Geburtenrückgang. 44 Bundestag. 10, 40 Gefährder, islamistische. 5 Bundestagswahl. 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Gener-Ideologie. 40 Bürgergeld. 9 Geerertijkeit. 21, 22, 23	Appeasement25, 26, 27	Energiepolitik
Atomausstieg 10, 19 Erbrecht 20 Atomwaffen 26 EU 4, 7, 15, 28, 31, 33, 34, 39 Ausländerkriminalität 31 Expertenregierung 8 Automobilindustrie 1, 6 Fachkräftemangel 1, 2, 28, 29 chinesische 7 Faeser, Nancy 17 Bas, Bärbel 41 Fast Fashion 14 Begabtenförderung 32 EDP 2, 3, 4, 7 Bevormundung 35 Finanzministerium 19 Bildungspolitik 32 Frakreich 15, 42 Bildungspolitik 32 Frascher, Marcel 41 Bildungssystem 31 Frauenfeindlichkeit 29 Bomer 41 Frauenfeindlichkeit 29 Brandenburg 6 Freiheit 20, 22, 42 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen 26, 27 BSW 3, 6 Geburtenrückgang 44 Bundesregierung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Sprache 22, 24, 39 B	Arbeitskosten28	Energiewende 10
Atomwaffen 26 EU 4, 7, 15, 28, 31, 33, 34, 39 Auslanderkriminalität 31 Expertenregierung 8 Automobilindustrie 1, 6 Fachkräftemangel 1, 2, 28, 29 chinesische 7 Faeser, Nancy 17 Bas, Bärbel 41 Fast Fashion 14 Begabtenförderung 32 FDP 2, 3, 4, 7 Bildung 12, 31, 44 Frankreich 15, 42 Bildungspolitik 32 Frascher, Marcel 41 Bildungssystem 31 Frauenfeidlichkeit 29 Boomer 41 Frauenquoten 39 Brandenburg 6 Freiheit 20, 22, 42 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Geaza-Streifen 26, 27 BSW 3, 6 Geburtenrückgang 44 Bundesregierung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Ideologie 40 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 </td <td>Armut15</td> <td>Enteignung 20, 21</td>	Armut15	Enteignung 20, 21
Ausländerkriminalität 31 Expertenregierung 8 Automobilindustrie 1, 6 Fachkräftemangel 1, 2, 28, 29 chinesische .77 Faeser, Nancy. 17 Bas, Bärbel 41 Fast Fashion 14 Begabtenförderung 32 FDP .2, 3, 4, 7 Bevormundung 35 Finanzministerium 19 Bildung 12, 31, 44 Frankreich 15, 42 Bildungspolitik 32 Fratscher, Marcel 41 Bildungssystem 31 Frauenfeindlichkeit 29 Boomer 41 Frauenfeindlichkeit 29 Brandenburg 6 Freiheit 20, 22, 4 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen 26, 27 BSW 3, 6 Geburtenrückgang 44 Bundesregierung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-İdeologie 40 Bundestagswahl 2, 3, 4, 78, 18, 19 Gener-İdeologie 40 Bürgergeld 9, 12, 25, 31, 34, 44 Geo-Engineering 40	Atomausstieg10, 19	Erbrecht 20
Automobilindustrie 1, 6 Fachkräftemange 1, 2, 28, 29 chinesische 7 Fasser, Nancy 17 Bas, Bärbel 41 Fast Fashion 14 Begabtenförderung 32 FDP 2, 3, 4, 7 Bevormundung 35 Finanzministerium 19 Bildungspolitik 32 Frankreich 15, 42 Bildungssystem 31 Frauenfeindlichkeit 29 Boomer 41 Frauenquoten 39 Brandenburg 6 Freiheit 20, 22, 42 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Geaz-Streifen 26, 27 BSW 3, 6 Geburtenrückgang 44 Bundesragierung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Ideologie 40 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Gener-Sprache 22, 24, 39 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 Gereatition Z 13 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 Gereatitie 21, 29 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, 36, 40, 41 Gewalt	Atomwaffen26	EU4, 7, 15, 28, 31, 33, 34, 39
chinesische .7 Faeser, Nancy 17 Bas, Bärbel .41 Fast Fashion .14 Begabtenförderung .32 FDP .2, 3, 4, 7 Bidung .12, 31, 44 Francenfeindischeit .15, 42 Bildungspolitik .32 Fratscher, Marcel .41 Bildungssystem .31 Frauenfeindlichkeit .29 Boomer .41 Frauenquoten .39 Brandenburg .6 Freilheit .20, 22, 42 Brandmauer .3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen .26, 27 BSW .3, 6 Gepfährder, islamistische .5 Bundesrat .10, 40 Gefährder, islamistische .5 Bundestag .12, 40 Gender-Ideologie .40 Bundestagswahl .2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z .13 Burdesverfassungsgericht .28, 39, 40 Generation Z .13 Bürgergeld .9 Gerechtigkeit .21, 42 Bürderstellung .9 Gerechtigkeit .21, 42 <td>Ausländerkriminalität31</td> <td>Expertenregierung 8</td>	Ausländerkriminalität31	Expertenregierung 8
Bas, Bärbel. 41 Fast Fashion 14 Begabtenförderung 32 FDP 2, 3, 4, 7 Bevormundung 35 Finanzministerium 19 Bildungs. 12, 31, 44 Frankreich 15, 42 Bildungspolitik 32 Fratscher, Marcel 41 Bildungssystem 31 Frauenfeindlichkeit 29 Boomer 41 Frauenquoten 39 Brandenburg 6 Freiheit 20, 22, 42 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen 26, 27 BSW 3, 6 Gebürtenrückgang 44 Bundesrat 10, 40 Gefährder, islamistische 5 Sundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Gender-Ideologie 40 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 23	Automobilindustrie1, 6	Fachkräftemangel 1, 2, 28, 29
Begabtenförderung 32 FDP 2, 3, 4, 7 Bevormundung 35 Finanzministerium 19 Bildungspolitik 32 Fratscher, Marcel 41 Bildungssystem 31 Frauenfeindlichkeit 29 Boomer 41 Frauenfeindlichkeit 29 Boomer 41 Frauenquoten 39 Brandenburg 6 Freilheit 20, 22, 42 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen 26, 27 BSW 3, 6 Geburtenrückgang 44 Bundesrat 10, 40 Gefährder, islamistische 5 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Gender-Ideologie 40 Burdestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Burdsverfassungsgericht 28, 39, 40 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürdyratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33	chinesische 7	Faeser, Nancy 17
Bevormundung 35 Finanzministerium 19 Bildung 12, 31, 44 Frankreich 15, 42 Bildungssystem 31 Frauenfeindlichkeit 29 Boomer 41 Frauenquoten 39 Brandenburg 6 Freiheit 20, 22, 42 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen 26, 27 BSW 3, 6 Geburtenrückgang 44 Bundesrat 10, 40 Gefährder, islamistische 5 Bundestageireung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Ideologie 40 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Geneder-Sprache 22, 24, 39 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürdersteie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29 <t< td=""><td>Bas, Bärbel41</td><td>Fast Fashion 14</td></t<>	Bas, Bärbel41	Fast Fashion 14
Bildung. 12, 31, 44 Frankreich 15, 42 Bildungspolitik 32 Fratscher, Marcel 41 Bildungssystem 31 Frauenfeindlichkeit 29 Boomer 41 Frauenquoten 39 Brandenburg 6 Freiheit 20, 22, 42 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen 26, 27 BSW 3, 6 Geburtenrückgang 44 Bundesrat 10, 40 Gefährder, islamistische 5 Bundesregierung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Sprache 22, 24, 39 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Gener-Ideologie 40 Burdestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bundesverfassungsgericht 28, 39, 40 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cobuluture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung<	Begabtenförderung32	FDP2, 3, 4, 7
Bildungspolitik .32 Fratscher, Marcel .41 Bildungssystem .31 Frauenfeindlichkeit .29 Boomer .41 Frauenquoten .39 Brandenburg .6 Freiheit .20, 22, 42 Brandmauer .3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen .26, 27 BSW .3, 6 Geburtenrückgang .44 Bundesrat .10, 40 Gefährder, islamistische .5 Bundestagerierung .6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Ideologie .40 Bundestagswahl .2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z .13 Bundestagswahl .2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Geo-Engineering .40 Bürgergeld .9 Gerechtigkeit .21, 42 Bürokratie .1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst .33 Cacel Culture .17, 37 Gewalt .21, 29 CDU .2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung .23 CDU/CSU .4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, 36 Gleichheit .42 Ghina .6, 7,	Bevormundung35	Finanzministerium 19
Bildungssystem 31 Frauenfeindlichkeit 29 Boomer 41 Frauenquoten 39 Brandenburg 6 Freiheit 20, 22, 42 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen 26, 27 SSW 3, 6 Geburtenrückgang 44 Bundesrat 10, 40 Gefährder, islamistische 5 Bundestagerierung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Ideologie 40 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bundesverfassungsgericht 28, 39, 40 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU/CSU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, 36, 40, 41 Gleichberechtigung 23 China 6, 7, 14 Grüngesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 <td>Bildung12, 31, 44</td> <td>Frankreich 15, 42</td>	Bildung12, 31, 44	Frankreich 15, 42
Boomer 41 Frauenquoten 39 Brandenburg 6 Freiheit 20, 22, 42 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen 26, 27 BSW 3, 6 Gebürtenrückgang 44 Bundesrat 10, 40 Gefährder, islamistische 5 Bundesregierung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Ideologie 40 Bundestags 12, 40 Gender-Sprache 22, 24, 39 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bundesverfassungsgericht 28, 39, 40 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 23 GCD/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichheit 42 China 6, 7, 14<	Bildungspolitik32	Fratscher, Marcel41
Brandenburg 6 Freiheit 20, 22, 42 Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen 26, 27 BSW 3, 6 Geburtenrückgang 44 Bundesrat 10, 40 Gefährder, Islamistische 5 Bundesregierung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Ideologie 40 Bundestags 12, 40 Gender-Sprache 22, 24, 39 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Gene-Sprache 22, 24, 39 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gere-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichheit 42 36, 40, 41 Gleichstellung 1 China 6, 7, 14 Grundgesetz <	Bildungssystem31	Frauenfeindlichkeit29
Brandmauer 3, 4, 8, 37 Gaza-Streifen 26, 27 BSW 3, 6 Geburtenrückgang 44 Bundesrat 10, 40 Gefährder, islamistische 5 Bundestag 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Ideologie 40 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bundesverfassungsgericht 28, 39, 40 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichheit 42 Ghina 6, 7, 14 Gründgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Gründgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 CO2-Abscheidung 33 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 <tr< td=""><td>Boomer41</td><td>Frauenquoten 39</td></tr<>	Boomer41	Frauenquoten 39
BSW 3, 6 Geburtenrückgang 44 Bundesrat 10, 40 Gefährder, islamistische 5 Bundesregierung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Ideologie 40 Bundestag 12, 40 Gender-Sprache 22, 24, 39 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bundesverfassungsgericht 28, 39, 40 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 1 36, 40, 41 Gleichstellung 1 China 6, 7, 14 Grundgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 CO2-Abscheidung 33 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40	Brandenburg6	Freiheit20, 22, 42
Bundesrat 10, 40 Gefährder, islamistische 5 Bundesregierung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Ideologie 40 Bundestag 12, 40 Gender-Sprache 22, 24, 39 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bundesverfassungsgericht 28, 39, 40 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 23 GDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 1 36, 40, 41 Gleichberechtigung 1 China 6, 7, 14 Grundgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 CO2-Abscheidung 33 Grüne Jugend 21	Brandmauer 3 , 4, 8, 37	Gaza-Streifen 26, 27
Bundesregierung 6, 8, 25, 34, 37, 40 Gender-Ideologie 40 Bundestag 12, 40 Gender-Sprache 22, 24, 39 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bundesverfassungsgericht 28, 39, 40 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 23 36, 40, 41 Gleichbeti 42 Ghina 6, 7, 14 Gründgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Grüne Jugend 21 CO2-Flottenziele 7 Gujer, Eric 26, 29 CO2-Speicherung 40 Guterres, António 38 Datenschutz 31 Gutmenschen 5 Deendgrafischer Wandel 28 Habeck, Robert 2 Demografischer Wandel 28 Heine, Matthi	BSW3, 6	Geburtenrückgang44
Bundestag. 12, 40 Gender-Sprache 22, 24, 39 Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bundesverfassungsgericht 28, 39, 40 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 23 36, 40, 41 Gleichstellung 1 China 6, 7, 14 Grundgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 CO2-Abscheidung 33 Grüne Jugend 21 CO2-Speicherung 40 Guterres, António 38 Datenschutz 31 Gutmenschen 5 Deeskalation 25, 26 Habeck, Robert 2 Deindustrialisierung 11 Hamas 26 Demografischer Wandel 28 Heine, M	Bundesrat10, 40	Gefährder, islamistische5
Bundestagswahl 2, 3, 4, 7, 8, 18, 19 Generation Z 13 Bundesverfassungsgericht 28, 39, 40 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 23 GDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichberechtigung 1 Chancengleichheit 32 Grundgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Gleichstellung 1 CO2-Abscheidung 33 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 CO2-Flottenziele 7 Gujer, Eric 26, 29 CO2-Speicherung 40 Guterres, António 38 Deeskalation 25, 26	Bundesregierung	Gender-Ideologie40
Bundesverfassungsgericht 28, 39, 40 Geo-Engineering 40 Bürgergeld 9 Gerechtigkeit 21, 42 Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, 36, 40, 41 Gleichstellung 1 Chancengleichheit 32 Grundgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 CO2-Abscheidung 33 Grüne Jugend 21 CO2-Flottenziele 7 Gujer, Eric 26, 29 CO2-Speicherung 40 Guterres, António 38 Datenschutz 31 Gutmenschen 5 Deeskalation 25, 26 Habeck, Robert 2 Demografischer Wandel 28 Heine, Matthias 24, 44 Demokratie 7, 36, 40, 43 Hochschulen 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption <td>Bundestag12, 40</td> <td>Gender-Sprache</td>	Bundestag12, 40	Gender-Sprache
Bürgergeld	Bundestagswahl	Generation Z 13
Bürokratie 1, 9, 12, 25, 31, 34, 44 German Angst 33 Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, 36, 40, 41 Gleichheit 42 China 32 Grundgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 CO2-Abscheidung 33 Grüne Jugend 21 CO2-Flottenziele 7 Gujer, Eric 26, 29 CO2-Speicherung 40 Guterres, António 38 Datenschutz 31 Gutmenschen 5 Deeskalation 25, 26 Habeck, Robert 2 Deindustrialisierung 11 Hamas 26 Demografischer Wandel 28 Heine, Matthias 24, 44 Demokratie 7, 36, 40, 43 Hochschulen 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32	Bundesverfassungsgericht28, 39, 40	Geo-Engineering 40
Cancel Culture 17, 37 Gewalt 21, 29 CDU 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, 36, 40, 41 Gleichstellung 1 Chancengleichheit 32 Grundgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 CO2-Abscheidung 33 Grüne Jugend 21 CO2-Flottenziele 7 Gujer, Eric 26, 29 CO2-Speicherung 40 Guterres, António 38 Datenschutz 31 Gutmenschen 5 Deeskalation 25, 26 Habeck, Robert 2 Deindustrialisierung 11 Hamas 26 Demografischer Wandel 28 Heine, Matthias 24, 44 Demokratie 7, 36, 40, 43 Hochschulen 20 Dirigismus 19 Hunde 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32	Bürgergeld9	Gerechtigkeit 21, 42
CDU. 2, 3, 4, 12, 36, 37 Gleichberechtigung. 23 CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, 36, 40, 41 Gleichheit	Bürokratie	German Angst 33
CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29, Gleichheit	Cancel Culture17, 37	Gewalt21, 29
36, 40, 41 Gleichstellung 1 Chancengleichheit 32 Grundgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 CO2-Abscheidung 33 Grüne Jugend 21 CO2-Flottenziele 7 Gujer, Eric 26, 29 CO2-Speicherung 40 Guterres, António 38 Datenschutz 31 Gutmenschen 5 Deeskalation 25, 26 Habeck, Robert 2 Deindustrialisierung 11 Hamas 26 Demografischer Wandel 28 Heine, Matthias 24, 44 Demokratie 7, 36, 40, 43 Hochschulen 20 Dirigismus 19 Hunde 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32		Gleichberechtigung23
Chancengleichheit 32 Grundgesetz 11, 12, 20, 21, 29 China 6, 7, 14 Grüne (Partei) .2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 CO2-Abscheidung 33 Grüne Jugend 21 CO2-Flottenziele 7 Gujer, Eric 26, 29 CO2-Speicherung 40 Guterres, António 38 Datenschutz 31 Gutmenschen 5 Deeskalation 25, 26 Habeck, Robert 2 Deindustrialisierung 11 Hamas 26 Demografischer Wandel 28 Heine, Matthias 24, 44 Demokratie 7, 36, 40, 43 Hochschulen 20 Dirigismus 19 Hunde 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32	CDU/CSU 4, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 18, 19, 25, 29,	Gleichheit42
China 6, 7, 14 Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40 CO2-Abscheidung 33 Grüne Jugend 21 CO2-Flottenziele 7 Gujer, Eric 26, 29 CO2-Speicherung 40 Guterres, António 38 Datenschutz 31 Gutmenschen 5 Deeskalation 25, 26 Habeck, Robert 2 Deindustrialisierung 11 Hamas 26 Demografischer Wandel 28 Heine, Matthias 24, 44 Demokratie 7, 36, 40, 43 Hochschulen 20 Dirigismus 19 Hunde 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32	36, 40, 41	Gleichstellung 1
$ \begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	Chancengleichheit32	Grundgesetz11, 12, 20, 21, 29
$\begin{array}{cccccccccccccccccccccccccccccccccccc$	China6, 7, 14	Grüne (Partei) 2, 3, 4, 7, 10, 11, 12, 21, 37, 40
CO2-Speicherung 40 Guterres, António 38 Datenschutz 31 Gutmenschen 5 Deeskalation 25, 26 Habeck, Robert 2 Deindustrialisierung 11 Hamas 26 Demografischer Wandel 28 Heine, Matthias 24, 44 Demokratie 7, 36, 40, 43 Hochschulen 20 Dirigismus 19 Hunde 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32	CO ₂ -Abscheidung33	Grüne Jugend21
Datenschutz 31 Gutmenschen 5 Deeskalation 25, 26 Habeck, Robert 2 Deindustrialisierung 11 Hamas 26 Demografischer Wandel 28 Heine, Matthias 24, 44 Demokratie 7, 36, 40, 43 Hochschulen 20 Dirigismus 19 Hunde 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32	CO ₂ -Flottenziele7	Gujer, Eric 26, 29
Deeskalation 25, 26 Habeck, Robert 2 Deindustrialisierung 11 Hamas 26 Demografischer Wandel 28 Heine, Matthias 24, 44 Demokratie 7, 36, 40, 43 Hochschulen 20 Dirigismus 19 Hunde 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32	CO ₂ -Speicherung40	Guterres, António 38
Deindustrialisierung .11 Hamas .26 Demografischer Wandel .28 Heine, Matthias .24, 44 Demokratie .7, 36, 40, 43 Hochschulen .20 Dirigismus .19 Hunde .35 Diskriminierung .16, 22, 23 Infrastruktur .9, 10, 34, 43 Disruption .40 Inklusion .1, 32	Datenschutz31	Gutmenschen5
Demografischer Wandel 28 Heine, Matthias 24, 44 Demokratie 7, 36, 40, 43 Hochschulen 20 Dirigismus 19 Hunde 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32	Deeskalation25, 26	Habeck, Robert2
Demokratie 7, 36, 40, 43 Hochschulen 20 Dirigismus 19 Hunde 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32	Deindustrialisierung11	Hamas 26
Dirigismus 19 Hunde 35 Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32	Demografischer Wandel28	Heine, Matthias24, 44
Diskriminierung 16, 22, 23 Infrastruktur 9, 10, 34, 43 Disruption 40 Inklusion 1, 32	Demokratie7, 36, 40, 43	Hochschulen20
Disruption	Dirigismus19	Hunde35
·	Diskriminierung16, 22 , 23	Infrastruktur 9, 10, 34, 43
Diversität	Disruption40	Inklusion
	Diversität1	Integration 12, 32

Investitionen		NGOs (Non-Governmental Organ	izations) 1,
Iran	25, 26	19, 24, 35	
Islamismus	30	Nietzard, Jette	21
Israel	•	Nordrhein-Westfalen	
Jugendstrafrecht	5	Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	,
Jungsozialisten	18, 20	Öko-Produkte	35, 36
Kapitalismus	19	Öko-Vorschriften	35
Kinder	32	Österreich	4
Klimaneutralität	11, 12	Palästinenser	27
Klimapolitik	7, 12, 40	Parallelgesellschaften	4
Klimaschutz	6, 40	Parteiverbot	18
Klingbeil, Lars	22	Planwirtschaft	20, 21
Koalitionsvertrag	13, 19	Plastikmüll	33
Kohl, Helmut	19	Political Correctness	17
Kollateralschäden		Politikwende	12 , 13
Kommunalwahlen	36	Poschardt, Ulf	
Kommunismus		Pressefreiheit	
Krieg	, ,	Produktivität	
Kriminalität		Putin, Wladimir	
Landesverteidigung	•	Qualifikation	
Lebensarbeitszeit		Qualität	
Lesekompetenz	•	Rassismus	, ,
Lieferketten	•	Rechtsstaat	
Linke (Partei)		Redefreiheit	
Linnemann, Carsten		Reichinnek, Heidi	
Lohnabstandsgebot		Reichtum15,	
Löhne und Gehälter	•	Rente	
Lohnnebenkosten		Rezession	
Made in Germany		Rubio, Marco	
Manipulation		Ruhs, Julia	
Marktwirtschaft		Russland	
Maskulinum, generisches		Sarrazin, Thilo8,	•
Medien		Scholz, Olaf	
Meinungsfreiheit8, 20		Schröder, Gerhard	
		•	
Meloni, Giorgia		Schüldenpaket	
Merz, Friedrich		Schüler	•
Migranten4, 12		Selbstbestimmungsgesetz	
Migration		Sicherheit	
illegale		Sinn, Hans-Werner	•
Migrationspolitik		Söder, Markus	
Milliardäre	•	Solarstrom	
Minderheitsregierung		Solidarität	
Mittelstand		Sonderschulen	
Moralgesellschaft		Sondervermögen	
Mullah-Regime		Sondierungsgespräche	
Müllproblem		Soziale Medien	
Müllverbrennung		Sozialismus	•
Musk, Elon		Sozialleistungen	
NATO		Sozialstaat	
Neidgesellschaft		Spahn, Jens	
Netanjahu, Benjamin		SPD 2, 4, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 1	
Nettozahler (EU)	15	28. 29. 34. 36. 37. 40. 41	

Sprachpolizei24
Staatsquote19, 30
Staatsschulden12, 25, 34
Steinmeier, Frank-Walter3
Steuern
Strafverfolgung31
Strukturreformen 12, 13, 25, 34, 37, 41
Subsidiaritätsprinzip31, 39
Subventionen
Syrer5
Taurus-Marschflugkörper6
Thatcher, Margaret15
Trump, Donald
Türmer, Philipp20, 21
Überschuldung42
Ukraine-Krieg6, 27
Umverteilung19, 41
UN38
USA14, 15, 20, 26, 32, 37 , 38
Van Aken, Jan21
Vance, J.D18
Verbrennerverbot
Vereinte Nationen Siehe UN
Verfassungsfeinde20
Verfassungsschutz17, 18, 20, 21, 29, 39

Vetomächte (UN)39
Volksbegriff17
Volksverhetzung 21
Wadephul, Johann26
Waffengewalt21
Waffenstillstand25, 26
Wagenknecht, Sahra3
Wahlrecht 8
Wahlumfragen12, 17, 18, 25, 29, 36, 40
Wasserstoff
Weidel, Alice
Werbung35
Werteunion
Windkraftanlagen 10
Wirtschaftswachstum
Wohlstand22, 28, 31, 41 , 42, 43
Wohneigentum15
Woke-Ideologie16, 17
Work-Life-Balance 28, 32, 41
Zeitgeist
Zero Tolerance 5
Zölle14, 34
Zusammenhalt 32
Zuwanderung